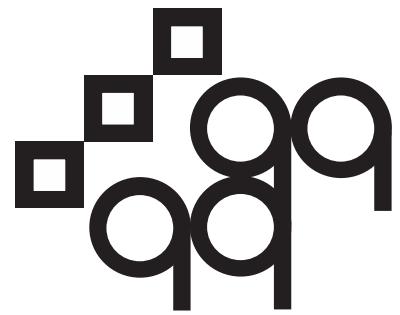


Wuqûf-Kurzanalyse



Hindernisse bei der Bekämpfung islamistischer Gewalt in Tunesien

Sigrid Faath / Hanspeter Mattes

Kurzanalyse Nr. 24 – September 2014
Edition Wuqûf, Berlin
ISSN 0948-0951

Inhalt

1. Problematische Entwicklungen seit dem Machtwechsel 2011	3
2. Ein schwer fassbarer Gegner	5
3. Vorteilhafte Bedingungen für gewaltbereite Gruppen	10
4. Staatliche Maßnahmen gegen islamistische Gewalt	17
5. Chancen zur Eindämmung islamistischer Gewalt in Tunesien	24
Chronologie	26

Am 16. Juli 2014 wurden bei dem bislang blutigsten Anschlag bewaffneter Islamisten 15 Soldaten getötet. Der Anschlag ist Teil einer Auseinandersetzung zwischen zwei unvereinbaren Staats- und Gesellschaftskonzepten, die seit dem Machtwechsel in Tunesien im Januar 2011 die Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bestimmt. Terroristische Aktionen sind eine Strategie, die islamistische Gruppen in Tunesien einsetzen, um ihrem Ziel eines „islamischen Staates“ näher zu kommen und das Konzept des modernen, zivilen Rechtsstaates zu bekämpfen.

Die Gegenmaßnahmen der seit Januar 2014 amtierenden, formal parteiunabhängigen Regierung von Premierminister Jomaa zur Bekämpfung des Terrorismus konnten weitere Anschläge weder verhindern noch den Unterstützer- und Sympathisantenkreis austrocknen. Zu viel Komplizenschaft unter den im legalen Rahmen aktiven Parteien und Vereinigungen islamistischer Tendenz und ihrer Repräsentanten in der Administration und Ministerien verhindern die Durchsetzung einer umfassenden Strategie gegen Gewalt als politisches Instrument, gegen die Instrumentalisierung von Religion und der Moscheen zu politischen Zwecken. Aber auch die Zurückdrängung der Indoktrinierung der Bevölkerung mit einer auf Feinbildern und Exklusion anders Denkender basierenden Religionsinterpretation wird drastisch erschwert.

Für den Fortgang der Bekämpfung terroristischer Gewalt in Tunesien und den Umgang generell mit islamistischer Gewalt und den Feinbildkonstruktionen, mit denen argumentativ und hoch emotional oft direkt oder indirekt zu Gewalt oder „Gegenmaßnahmen“ aufgerufen wird, ist der Ausgang der Legislativwahlen am 26. Oktober 2014 entscheidend.

Wenn die islamistischen Parteien, allen voran Ennahda, als stärkste islamistische Organisation, sehr gut oder gut abschneiden und entweder alleine die Regierung stellen oder – was wahrscheinlicher ist – einer Koalitionsregierung bilden, dann wird es zukünftig keine klare und nachhaltige Antiterrorismusstrategie geben. Eine präventive Anti-Gewalt-Komponente, die bei der religiösen Interpretation ansetzt, ist dann erst recht auszuschließen.

1. Problematische Entwicklungen seit dem Machtwechsel 2011

Tunesien befindet sich seit dem Machtwechsel vom 14. Januar 2011 in einem anhaltenden Prozess der institutionellen und personellen Umgestaltung. Bei den machtpolitischen Auseinandersetzungen, die Tunesien seither prägen, geht es nicht nur um politische und wirtschaftliche Interessen von Parteien, Wirtschaftsvertretern und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Großen und Ganzen ein ähnliches Weltbild haben und eine ähnliche Vorstellung von der angestrebten staatlichen Ordnung teilen. Die ideologischen Antagonismen erschweren die politische und gesellschaftliche Neuorganisation sowie die Ankurbelung der Wirtschaft und die Inangriffnahme entwicklungspolitischer Projekte.

In Tunesien konkurrieren seit 2011 zwei unvereinbare Vorstellungen von Staat und Gesellschaft miteinander. Dem Konzept des modernen zivilen Rechtsstaates stellen islamistische Gruppen das Konzept des religiösen Staates auf der Basis ihrer jeweils spezifischen Religionsauslegung gegenüber. Das von ihnen eingesetzte Instrumentarium, um dem (mittel- bis langfristig) anvisierten Ziel näher zu kommen, reicht von politischem und gesellschaftlichem Engagement im formal legalen Rahmen bis zur Duldung und Unterstützung von militanten Aktionen, um Forderungen Nachdruck zu verleihen, oder dem konkreten Engagement in bewaffneten Gruppen, die zum bewaffneten Kampf („Jihad“) gegen all jene aufrufen, die nicht ihre Vorstellungen von Religion und Staat teilen.

Ausgangslage

Der Machtwechsel 2011 bedeutete für die in Tunesien bis dahin von der politischen Partizipation ausgeschlossenen Islamisten den Wegfall jeglicher Repression und Einschränkung. Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 23. Oktober 2011, den ersten Wahlen seit dem Machtwechsel, profitierte die islamistische Ennahda-Partei von ihrem Bonus als unter dem „alten Regime“ verfolgte Oppositionspartei.

Als stärkste Partei bildete Ennahda mit zwei kleinen, sehr kooperativen Parteien die Regierung der sog. Troika¹ und versuchte in den darauf folgenden Monaten, ihre Vision von Staat und Gesellschaft zu fördern. Dazu gehörte, dass islamistische Akteure (Vereinigungen, Parteien, Prediger), die vor Gewalt gegen Andersdenkende nicht zurück schrecken, Freiräume zur „Islamisierung“ der Gesellschaft erhielten.

¹ Es handelte sich um die aus dem sozialistischen Spektrum hervorgegangene Partei Ettakatol (Front Démocratique pour le Travail et les Libertés; Mitglied der Sozialistischen Internationale), präsidiert von Mustapha Ben Jafaar, seit Oktober 2011 Präsident der Verfassunggebenden Versammlung, und um die arabisch-nationalistisch orientierte Partei Kongress für die Republik (Congrès pour la République/CPR), deren Gründer und Vorsitzender der am 12.12.2011 von der Verfassunggebenden Versammlung zum Staatspräsidenten gewählte Moncef Marzouki ist. Beide Parteien sind „Mikro-Parteien“, die seit ihrer Regierungsbeteiligung durch interne Auseinandersetzungen und Parteiaustritte zerrüttet werden.

Die Troika-Regierung ging nicht konsequent gegen die Gewalttäter und entsprechend aufstachelnde Reden und Predigten vor. Ein offensichtliches Beispiel hierfür war der Umgang mit dem Angriff von Islamisten der salafistischen Ansar al-Scharia-Gruppe auf die US-Botschaft in Tunis am 14. September 2012.²

Ein Jahr nach der Wahl der Verfassunggebenden Versammlung war die neue Verfassung noch nicht vorangekommen; die islamistisch dominierte Regierung war mit der Machtabsicherung und der Besetzung wichtiger Verwaltungsposten mit Parteimitgliedern beschäftigt. Die zunehmenden Aktivitäten bewaffneter islamistischer Gruppen und vor allem die beiden Morde an den säkularen Oppositionspolitikern Choukri Belaid und Mohamed Brahmi im Februar und Juli 2013 brachten große Teile der Zivilgesellschaft und der nicht-islamistischen Opposition gegen die Regierung und insbesondere gegen Ennahda auf. Das Engagement gegen eine islamistische Vereinnahmung von Staat und Gesellschaft und gegen jegliche Form islamistischer Gewalt verstärkte sich vor allem nach dem Mord an Mohamed Brahmi. Ennahda wurde Verwicklung in die Morde vorgeworfen und der Regierung sowie einigen Richtern die Begünstigung der gewaltbereiten Gruppen vorgehalten, weil sie nicht konsequent die Gesetze gegen diese Gruppen und ihre Führer anwendeten und auch die Aufklärung der Morde nicht vorantrieben.

Lösungsansatz: Neue Regierung mit explizitem Auftrag

Die kumulierten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die zu anhaltender Protest- und Streikbereitschaft geführt hatten, brachten Bewegung ab Herbst 2013 in den stagnierenden Transformationsprozess. Die Nationale-Dialog-Initiative, die wesentlich dem Engagement des mitgliederstarken Gewerkschaftsverbandes UGTT und des Unternehmerverbandes UTICA zu verdanken war, setzte die Annahme eines „Fahrplans“ durch, um den weiteren wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenbruch abzuwenden. Ennahda stimmte angesichts dieses politischen Drucks dem Fahrplan zu. Die Verfassung sollte nunmehr zügig verabschiedet werden, die Regierung zurücktreten und einer parteipolitisch neutralen, „Technokratenregierung“ Platz machen, deren Auftrag lautet: Ankurbelung der Wirtschaft, Herstellung von Sicherheit, Gewährleistung freier und fairer, transparenter Wahlen. Neben der Herstellung von Sicherheit, die ein dezidiertes Vorgehen gegen „terroristische Gruppen“ einschließt, wurde gefordert, dass die von der Opposition als „Milizen der Ennahda“ bezeichneten Ligen zum Schutz der Revolution aufgelöst und parteipolitisch motivierte Ernennungen in der Verwaltung und den Ministerien rückgängig gemacht werden, um faire und transparente Wahlen zu ermöglichen.

Ennahda-Premierminister Laarayedh gab am 9. Januar 2014 schließlich den Rücktritt der Regierung bekannt. Am 26. Januar nahm die Verfassunggebende Versammlung die neue

² Vgl. zu dieser Problematik seit dem politischen Umbruch Januar 2011 bis November 2012 Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter: Tunesiens Salafisten, Berlin (Wuqūf-Kurzanalyse Nr. 22), November 2012, <http://www.wuquf.de/www/cms/upload/downloads/wuquf_2012_1_tunesiens_salafisten.pdf>. Zur Komplizität von Ennahda-Regierung und Ansar al-Scharia in diesem Zusammenhang vgl. das Eingeständnis von Expremierminister Ali Laarayedh in Ettounsiya TV, 1.6.2014.

Verfassung an, die offiziell am 10. Februar in Kraft trat, und am 29. Januar sprach die Verfassunggebende Versammlung dem neuen, parteiunabhängigen Premierminister Mehdi Jomaa und seiner „Technokratenregierung“ ihr Vertrauen aus.

Die Regierung Jomaa soll nun die Übergangsperiode bis zu den nächsten Legislativ- und Präsidentschaftswahlen gestalten, die am 26. Oktober 2014 (Legislativwahlen) bzw. am 23. November 2014 (Präsidentswahlen) abgehalten werden sollen. Zu den Hauptaufgaben seiner Regierung äußerte sich Mehdi Jomaa in seinem ersten Fernsehinterview als Premierminister am 3. März 2014. Im Vordergrund stehen die Vorbereitung der Wahlen, die Herstellung von Sicherheit, die Wiederankurbelung der Wirtschaft bzw. die Sanierung der Staatsfinanzen. Ohne Sicherheit, da sind sich tunesische Analysten einig, werden die Wahlen nicht stattfinden können und sich die Wirtschaft nicht erholen, vor allem nicht der Tourismus und die ausländischen Direktinvestitionen.

Herstellung von Sicherheit bedeutet in Tunesien, so eine Umfrage vom Februar 2014, vor allem die „Bekämpfung des Terrorismus“. Die tunesischen Medien widmen sich fast täglich diesem Thema und berichten über die entsprechenden Maßnahmen der neuen Regierung, der Sicherheitsorgane und der Justiz. Unter der neuen Regierung kam es bislang – im Vergleich zur Vorgängerregierung – gehäuft zu Verhaftungen von Gewalttätern und Propagandisten von Gewalt; größere Militäroperationen in den Rückzugsgebieten bewaffneter Gruppen in Nordwesttunesien, der Region Jebel Chaambi, werden seit April/Mai 2014 durchgeführt. Die tunesischen Medien melden fast täglich die Zerschlagung von „terroristischen Zellen“ und Verhaftungen von „religiösen Extremisten“. Staatspräsident Marzouki reiste am 6. Mai 2014 demonstrativ in die Jebel-Chaambi-Region; er forderte die Mitglieder bewaffneter Gruppen auf, die Waffen niederzulegen und bot all jenen „Versöhnung“ (Amnestie) an, die keine Bluttat verübt hätten. Ein entsprechendes Gesetz war zum Zeitpunkt des Appells von Marzouki allerdings noch nicht verabschiedet worden.

Die Operationen der Sicherheitsorgane gegen bewaffnete Gruppen und ihre Unterstützernetzwerke haben sich zweifellos seit Frühjahr 2014 verstärkt. Es stellt sich dennoch die Frage, ob die Regierung Jomaa über ausreichendes Rüstzeug verfügt und ob sie die nötige Unterstützung des Gesetzgebers, der Justiz sowie der tunesischen Gesellschaft und des Auslandes hat, um die Sicherheitslage in Tunesien und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung signifikant und anhaltend zu verbessern.

2. Ein schwer fassbarer Gegner

In Radio MosaiqueFM vom 21. April 2014 kündigte Premierminister Jomaa eine neue Etappe im Kampf gegen die Terroristen an. Ziel der Regierung sei es, das Ansehen des Staates in der

Region Jebel Chaambi wieder herzustellen.³ Im März 2014 dominierten Meldungen über die Existenz von mindestens 40 über Tunesien verteilte Trainingslager für den bewaffneten Kampf (Jihad); das größte Lager soll allerdings im Jebel Chaambi liegen, den sich Mitglieder verschiedener bewaffneter Gruppen aus dem Maghreb und Maschrek als Versammlungs-, Rückzugs- und Regenerationsort ausgesucht haben sollen. Ähnliche Meldungen mehrten sich im März 2014 über die Installation von bewaffneten islamistischen Gruppen in schwer zugänglichen Teilen der südtunesischen Gouvernorate Tataouine und Medenine.⁴ Befürchtungen kursierten, dass als Reaktion auf die Erfolge der Sicherheitsorgane bei der Vereitelung von Anschlägen die terroristischen Gruppen Zivilisten ins Visier nehmen, um Panik hervorzurufen und auf diese Weise den Staat zu destabilisieren.⁵

Die tunesischen Medien und die Staatsführung bezeichnen die Mitglieder der bewaffneten Gruppen, die gegen den Staat und staatliche Organe zum Kampf aufrufen bzw. aktiv geworden sind, überwiegend als „Terroristen“ oder/und „Jihadisten“. Die Begriffe sind emotionsgeladen und werden auch in diesem Sinne eingesetzt. Im Rahmen der Kurzanalyse soll nicht näher auf die Definitionsproblematik eingegangen werden. Auf vier Aspekte soll jedoch hingewiesen werden, weil sie die Identifikation der Gewaltakteure erschweren:

- Erstens wurden und werden zahlreiche Gewaltakte seit 2011 von Individuen und Gruppen verübt, die sich islamistisch verorten; islamistische Gewalt, d.h. Gewalt, ausgehend von islamistischen Gruppen, ist ein gravierendes Sicherheitsproblem in Tunesien.
- Zweitens ist islamistische Gewalt kein Phänomen, das sich auf bewaffnete islamistische Gruppen, die zum Kampf gegen Mitglieder der Sicherheitsorgane oder religiös-ideologische Gegner etc. aufrufen, beschränkt. Islamistische Gewalt wird durch die Vorbereitung des geistigen und sittlich-moralischen Umfeldes gefördert. Involviert sind hierbei islamistische Vereinigungen, Prediger, Parteien.
- Drittens ist eine klare Abgrenzung zwischen bewaffneten islamistischen Gruppen von kriminellen Gruppen und ihren jeweiligen Aktivitäten schwierig; es gibt Überschneidungen und Komplizenschaft und gemeinsame Netzwerke.
- Viertens sind gewaltbereite, bewaffnete islamistische Gruppen nicht grundsätzlich außerhalb der Gesellschaft angesiedelt und aktiv. Die Verbindung zwischen den beiden Leben, d.h. dem Leben als Mitglied einer bewaffneten Gruppe und dem Leben als Normalbürger, ist oftmals fließend.

Das Phänomen islamistischer Gewalt wird von offizieller tunesischer Seite in der Regel auf die bewaffneten Gruppen („Jihadisten“, „Terroristen“) eingegrenzt. Über deren Stärke kursieren

³ Tunisienumerique, 21.4.2014 (Jomaâ: Au Châambi nous sommes en train de restaurer le prestige de l'Etat); vgl. auch <<http://www.mosaiquefm.net/fr/index/a/ActuDetail/Element/36185-mehdi-jomaales-operations-a-chaambi-se-poursuivront>>.

⁴ Vgl. Kapitalis, Tunis, 19.3.2014 (Terrorisme). Vgl. Tunisienumerique, 18.3.2014 (Tunisie – gravissime, ce qui se prépare dans le sud tunisien!).

⁵ So der Sprecher des Innenministeriums am 12.4.2014 nach Tunisienumerique, 12.4.2014 (Les terroristes risquent de s'en prendre à des civils).

jedoch sehr unterschiedliche Vermutungen. Einige beziffern die gewaltbereiten Islamisten („Extremisten“) in Tunesien auf 1.500 bis 2.000 Personen; anderen Schätzungen zufolge hatten 2012 salafistisch-jihadistische Vereinigungen 7.000 bis 9.000 Mitglieder, wobei dies noch nichts über die Bereitschaft der Einzelnen zur bewaffneten Aktion in Tunesien aussagt. Sie sind jedoch zumindest Teil des Unterstützerumfeldes, über dessen Potential an sich noch sehr wenig bekannt ist. Nach Angaben der Gewerkschaft für Republikanische Sicherheit vom 8. April 2014 soll es 400 „Schläferzellen“ in Tunesien geben. Für alle Zahlenangaben gilt, dass sie auf nicht nachvollziehbaren Schätzungen beruhen.

Als gesichert kann dagegen angenommen werden,

- dass die bewaffneten Gruppen, von denen die tunesische Regierung derzeit als „terroristische Gruppen“ spricht, der islamistischen Ideologie verbunden sind. Ihre Selbstdarstellung und die benutzten Schlagworte belegen dies. Bislang sind zumindest keine anders verorteten Gruppen bekannt geworden.
- dass Rückkehrer aus dem bewaffneten Kampf in Syrien in diesen bewaffneten Gruppen aktiv sind. Nach Angaben des Innenministers vom Juni 2014 sollen bereits über 460 Jihadisten aus Syrien zurückgekehrt sein und sich noch weitere 2.400 tunesische Jihadisten in Syrien befinden; 8.700-8.800 sollen angeblich an der Ausreise nach Syrien gehindert worden sein. Ob diese 8.750 Personen auch für bewaffnete Aktionen in Tunesien mobilisierbar wären, ist offen.
- dass Querverbindungen zu kriminellen Gruppen und Schmuggelnetzwerken in Tunesien und in die Nachbarstaaten (Libyen, Algerien, Sahelstaaten) bestehen und Gewalt (gegen Mitglieder der Sicherheitsorgane und die Bevölkerung an sich) auch von diesen Gruppen ausgeht, die nicht zwingend dem islamistischen Milieu zuzurechnen sind.

Überblick: Islamistische Organisationen in Tunesien

- **Partei Ennahda (Erneuerung)**

Gründung im Juni 1981 zunächst als „Bewegung der islamischen Tendenz“ unter Führung von Rachid al-Ghannouchi; 1989 Formierung als Partei Ennahda. Die Partei wurde unter Präsident Ben Ali nicht zugelassen. Der bewaffnete Arm der Partei war Anfang der 1990er Jahre in Anschläge verwickelt. Zahlreiche Mitglieder der Organisation wurden inhaftiert und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Nach dem Machtwechsel vom 14. Januar 2011 kehrten zahlreiche Ennahda-Mitglieder, die in den 1990er Jahren ins Ausland geflohen waren, nach Tunesien zurück, darunter am 30. Januar 2011 Ennahda-Präsident Ghannouchi aus Großbritannien. Am 1. März 2011 folgte die Zulassung Ennahdas als Partei durch das Innenministerium. Ennahda nahm an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 23. Oktober 2011 teil. Mit 37,04 % der abgegebenen Stimmen wurde Ennahda stärkste Partei in der Verfassungsgebenden Versammlung (89 von 217 Sitzen). Es hatten sich allerdings nur 52 % der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt. Seit der Wahl bis Januar 2014 stellte Ennahda den Premierminister.

- **Partei al-Bina al-Watani (Nationaler Aufbau)**

Diese Partei ist eine Abspaltung von Ennahda; die Abspaltung erfolgte im März 2014 aus taktischen Erwägungen, nicht wegen grundlegender ideologischer Meinungsverschiedenheiten. Führer der Partei ist das ehemalige

Ennahda-Führungsmitglied Riadh Chaiibi.

- **Partei Harakat Wafa (Bewegung Treue)**

Die Partei wurde im Juni 2012 gegründet; sie ist eine Abspaltung der Ennahda nahestehenden Fraktion der Partei Kongress für die Republik (Congrès pour la République/CPR), die vom derzeitigen Staatspräsidenten Moncef Marzouki im Juli 2001 gegründet worden war. Parteichef von Harakat Wafa ist Abderraouf Ayadi, der ehemalige Generalsekretär des CPR; er setzte sich (allerdings vergeblich) für die Aufnahme des „Rechts zum Jihad“ in die neue tunesische Verfassung ein und plädiert für die Integration der Jihadisten in die tunesischen Streitkräfte.

- **Partei al-Tahrir (Hizb al-Tahrir/Befreiungspartei)**

Die Gründung erfolgte in der Illegalität Anfang der 1980er Jahre. Nach dem Machtwechsel 2011 beantragte die Partei die Zulassung, die im März 2011 zurückgewiesen wurde, weil die Partei explizit das republikanische System ablehnt und für das Kalifat als Staatsform und die Scharia als Verfassung eintritt. Nach Widerspruch erfolgte die Zulassung der Partei unter der Ennahda-geführten Regierung am 17. Juli 2012. Präsident ist Abdelmajid Habib, bekannter ist jedoch der Parteisprecher Ridha Belhadj. Die Regierung unter Premierminister Jomaa verwarnete die Partei am 10. Juli 2014; sie solle ihre islamistischen Aktivitäten und die Solidarität mit jihadistischen Gruppen mäßigen und die Gesetze respektieren, andernfalls könne es zu staatlichen Gegenmaßnahmen bis hin zum Entzug der Parteizulassung kommen. Die Partei überlegt, im Oktober 2014 an den Parlamentswahlen teilzunehmen. Trotz der Verwarnung Jomaas ging die Partei nicht von ihren Positionen ab; seit Anfang August 2014 gibt sie eine eigene Zeitschrift („Ettahrir“) heraus

- **Weitere islamistische Parteien z.B.:**

Jabhat al-Islah (Front de Réforme/Reformfront), Hizb al-Asala (Partei des [islamischen] Ursprungs), Hizb al-Rahma (Partei Barmherzigkeit), Hizb el-Amen (Partei Der Glaube), Hizb Tayyar al-Mahaba (Courant de l'Amour/Bewegung der Liebe)

Die genannten Parteien sind Beispiele für die Gruppe jener organisatorisch und mitgliedermäßig kleinen, überwiegend salafistisch ausgerichteten Parteien, die nach der Aufhebung des Zulassungsverbots religiöser Parteien (2011) von der Ennahda-geführten Regierung legalisiert wurden. Die Jabhat al-Islah/Reformfront war die erste zugelassene salafistische Partei Tunesiens; die Hizb al-Rahma wiederum ist bislang die einzige Partei Tunesiens, die von einem Imam (Said al-Jaziri) geführt wird.

- **Ansar al-Scharia (Anhänger der Scharia)**

Die Gruppe „Anhänger des islamischen Rechts“ wurde von Seif Allah Ibn Hussein, besser bekannt unter seinem Kampfnamen Abou Iyadh, im April 2011 gegründet, um für die Einführung der Scharia in Tunesien zu kämpfen. Als Parteisprecher fungiert Seifeddine Raies. Seit 2012 haben sich kleinere Gruppen von Ansar al-Scharia abgespalten und wie die Gruppe um Salim Fandari alias Abou Ayoub oder die Gruppe Abou Ishaq eigene Kampfzellen gegründet. Parallel zu den umfangreichen missionarischen und karitativen Aktivitäten hat sich die Al-Qaida und AQIM (s.u.) nahestehende Ansar al-Scharia auch mit militanten Aktionen manifestiert, darunter als prominenteste der Angriff auf die US-Botschaft im September 2012. Auch die im ersten Halbjahr 2013 verübten politischen Morde an den Linkspolitikern Choukri Belaid und Mohamed Brahimi gehen auf ihr Konto. Wegen der begangenen Gewaltakte wurde Ansar al-Scharia nach anhaltenden Protesten nichtislamistischer Bevölkerungsteile im August 2013 vom Innenministerium zur terroristischen Organisation erklärt. Ziel von Ansar al-Scharia und anderen salafistischen Gruppen ist nach Angaben des Innenministeriums vom Februar 2014 die Gründung von lokalen Emiraten in Süd-, Zentral- und Nord-Tunesien. Wegen der engen Kooperation der libyschen und tunesischen Ansar al-Scharia gibt es seit August 2014 Befürchtungen, dass sie die Ausrufung eines Emirats in der tunesisch-libyschen Grenzregion mit Zentrum in Ben Guerdane planen.

- **Shabab al-Tawhid (Jugend des wahren Monotheismus)**

Hierbei handelt es sich um die neue Bezeichnung der Gruppe Ansar al-Scharia seit Anfang 2014, de facto ist dies eine Reaktion auf die Erklärung von Ansar al-Scharia zur terroristischen Organisation. Der Führer der Shabab al-Tawhid ist Abou Iyadh, der sich gegenwärtig in Ostlibyen aufhält, wo die libyschen Ansar al-Scharia eine der großen islamistischen Brigaden bilden. In Tunesien verfügt die Gruppe über zahlreiche lokale Zellen und kontrolliert zahlreiche Moscheen. Anfang Juli 2014 erklärte die Gruppe ihre Solidarität mit dem „Kalifen“ Abu Bakr al-Baghdadi, dem Führer der Organisation ISIS (Islamischer Staat in Iram/Sham).

- **AQIM (Al-Qaida im Islamischen Maghreb)**

AQIM wurde 2007 als Nachfolgeorganisation der rein algerischen islamistischen Gruppe für Mission und Kampf (GSPC) gegründet und der Anspruch auf Errichtung eines islamischen Staates über Algerien hinaus auf den ganzen Maghreb ausgeweitet; derzeitiger „Emir“ von AQIM ist der Algerier Abdelmalek Droukdel; die Hauptkontingente der AQIM-Brigaden kämpfen in Nordalgerien, Teile aber auch in Südalgerien/Nord-Mali und im algerisch-tunesischen Grenzland auf der Höhe des Jebel Chaambi. Die Schätzung der AQIM-Kämpfer geht weit auseinander und reicht vage von mehreren Hundert bis mehreren Tausend. AQIM, die sich vorrangig durch Entführungen algerischer Geschäftsleute und ihrer Angehörigen finanziert, ist für zahlreiche Anschläge und Überfälle auf Sicherheitskräfte verantwortlich; die erste Operation in Tunesien, zu der sich AQIM bekannte, war der Anschlag vom 16. Februar 2014 in Jendouba.

- **Al-Jazara-Gruppe**

Sie gründete sich Anfang 2011 und verfügt über enge Beziehungen zu bewaffneten islamistischen Gruppen in Algerien; sie soll nach Angaben tunesischer Sicherheitsorgane hinter den Anschlägen von Rouhia (Mai 2011), Bir Ali Ben Khalifa (Februar 2012) und Firnana (Dezember 2012) stehen und in die Kämpfe am Jebel Chaambi involviert sein.

- **Zum bewaffneten Kampf aufrufende islamistische Gruppen („Jihadistische“ Gruppen)**

Die im Jebel Chaambi, aber auch in städtischen Zonen operierenden bewaffneten islamistischen Gruppen sind bislang empirisch nicht erfasst; weder ist ihr jeweils genaues Operationsgebiet und ihre Kampfstärke bzw. ihre Zusammensetzung nach Nationalitäten noch ihre genaue Zielsetzung jenseits des nebulösen Eintretens für einen „islamischen Staat“ bekannt. Ein Teil der Zellen operiert autonom, ein anderer Teil hat Verbindungen zu AQIM oder direkt zu Al-Qaida (Ayman al-Zawahiri). Seit Juli 2014 gibt es aber auch Zellen, die ISIS bzw. „Kalif“ Abu Bakr al-Baghdadi folgen. Hinsichtlich der Kampfstärke kann von einem Umfang von mehreren Hundert Personen ausgegangen werden; im Jebel Chaambi sind auch nachweislich algerische sowie tunesische Islamisten mit Kampferfahrung in Nord-Mali in Erscheinung getreten.

- **Tunesische „Jihadisten“ in Syrien**

Die Zahl der Tunesier, die auf Seiten islamistischer Gruppen in den syrischen Bürgerkrieg interveniert, ist seit Frühjahr 2011 kontinuierlich angestiegen. Nach Angaben des tunesischen Innenministeriums von Ende Juni 2014 sollen momentan 2.400 Tunesier in Syrien kämpfen; andere Quellen wie die Soufan Group sprechen von 3.000 Tunesiern. Ihre durch Schleusernetzwerke organisierte illegale Ausreise soll hauptsächlich durch Qataris finanziert worden sein. Zwischen 8.700 und 8.800 Tunesier wurden von den tunesischen Sicherheitskräften an der Ausreise nach Syrien gehindert; etwa 1.900 Tunesier sind bei Kämpfen in Syrien gefallen, über 40 sitzen in syrischen Gefängnissen. Laut Angabe des Innenministeriums sollen rund 460 kampferprobte Personen (teilweise verletzt) nach Tunesien zurückgekehrt sein, wo sie als innenpolitische Gefahr angesehen werden.

- **Ligues pour la Protection de la Révolution (LPR; Ligen zum Schutz der Revolution)**

Es handelt sich bei den LPR um eine kurz nach dem Machtwechsel 2011 begründete Organisation zum „Schutz der Errungenschaften der tunesischen Revolution“. Nach dem Rückzug u.a. der Gewerkschaften aus der Organisation

werden die LPR zunehmend von Islamisten dominiert. Im Mai 2012 formierten sie sich unter Führung von Mohamed Maalej zu einer islamistischen Miliz, die sich mit Rückendeckung durch die Partei Ennahda für islamistische Belange einsetzt und als eine Art „Religionspolizei“ fungiert. Nach Übergriffen der LPR u.a. auf Gewerkschaftsbüros, Veranstaltungen säkularer Parteien oder Alkoholverkaufsstellen wurden sie am 26. Mai 2014 durch ein Gericht in Tunis verboten bzw. ihre Auflösung angeordnet. Faktisch ist diese Auflösung bis heute nicht erfolgt. Die LPR gaben am 19. August 2014 bekannt, dass LPR-Mitglieder sich auf 33 Listen bei den Legislativwahlen im Oktober 2014 zur Wahl stellen wollen.

- **Salafistische Prediger und religiöse Vereinigungen (islamistischer Orientierung)**

Die salafistischen Prediger/Imame werden von tunesischen Religionssoziologen je nach ihrer Ausrichtung an der Lehre einzelner prominenter ausländischer Prediger in die sog. Jamiyun (Referenz: Scheich Muhammad al-Jami aus Eritrea), die Madkhaliyun (Referenz: Rabi al-Madkhali), die Ilmiyun (Referenz: saudische Theologen) sowie die Reformgruppe der Islahiyun oder Sururiyun (Referenz: Surur Zain al-Abidin aus Syrien) unterschieden. Die meisten von ihnen lehnen den bewaffneten Kampf zur Durchsetzung eines „islamischen Staates“ und parteipolitische Aktivitäten ab. Sie versuchen stattdessen, durch Predigt an der Basis der Gesellschaft das Terrain für einen „islamischen Staat“ vorzubereiten.

Von den derzeit 17.000-18.000 existierenden Vereinigungen ist die überwältigende Mehrheit religiösen Charakters. Bis zum Sturz Präsident Ben Alis waren diese religiösen Vereinigungen toleriert und dienten als Aushängeschild für die Staatsführung, um islamistische Kritik am säkularen Charakter des Staates zurückzuweisen. Nach dem Machtwechsel 2011 veränderten die Vereinigungen ihren Charakter. Unter oftmals neuer Führung islamistischer Imame, die teilweise Gewalt propagieren und den bewaffneten Kampf unterstützen, versuchen diese Vereinigungen nunmehr mit ihren einschlägigen Engagement im sozialen und Bildungsbereich zur Umsetzung des islamistischen Gesellschaftsprojektes unterstützend beizutragen.

Die tunesischen Sicherheitsbehörden haben nach Angaben des Innenministeriums 157 religiöse Vereinigungen (Stand Juni 2014) identifiziert, die direkt in die Finanzierung bewaffneter Gruppen (Durchführung von Kollekten) verwickelt sein sollen. Die Vereinigungen wurden verboten und teilweise wurden gegen sie gerichtliche Verfahren eingeleitet. Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisierte diesen Schritt am 13. August 2014 als „zu weitgehend“. Ennahda-Mitglieder organisierten Proteste gegen das Verbot. In Medien, die islamistische Positionen verbreiten wie z.B. der tunesische Fernsehsender Zitouna TV, wird gleichfalls dagegen Stimmung gemacht: In einer TV-Sendung vom 14. August 2014 sprach der Moderator von einem „Krieg gegen den Islam“. Am 18. August 2014 gab Premierminister Jomaa bekannt, dass die 157 Vereinigungen nun doch nicht verboten werden sollen; ihre Aktivitäten sollen nur momentan aus Sicherheitsgründen „eingefroren“ werden.

3. Vorteilhafte Bedingungen für gewaltbereite Gruppen

Die Bekämpfung gewaltbereiter und zu terroristischer Gewalt greifender Gruppen gestaltet sich in Tunesien sehr schwierig, weil das nationale und regionale Umfeld islamistische Aktivitäten und die Neurekrutierung von Mitgliedern für gewaltbereite Gruppen begünstigt.

Nationale Komponente

Die nationalen Faktoren, die islamistische Gruppen seit dem politischen Umbruch 2011 fördern, wurden von tunesischen Autoren wie dem Historiker Alaya Allani oder dem auf

Sicherheitsfragen spezialisierten Mehdi Taje detailliert aufgezeigt.⁶ Eine zentrale Rolle spielen die folgenden politischen und sozioökonomischen Aspekte:

- Die **Aufhebung des unter Ben Ali bestehenden Verbots religiöser Parteien und Vereinigungen**. Unter der Ennahda-dominierten Troika-Regierung wurden drei salafistische Parteien sowie die Hizb al-Tahrir (Islamische Befreiungspartei), die sich offen gegen die Republik und die Verfassung stellt, legalisiert und ihnen damit ein gesetzlich geschützter Handlungsspielraum eingeräumt sowie ihren radikalen Sichtweisen zur Verbreitung geholfen.⁷
- Die **generelle Schwächung der Staates**, die mit dem Sturz des Ben Ali-Regimes eingetreten ist. Die machtpolitischen Auseinandersetzungen in der Verfassunggebenden Versammlung und die Neubesetzung der politischen Führungsämter absorbierten die Aufmerksamkeit der Parteipolitiker des nicht islamistischen Spektrums, so dass die Gefahr islamistischer Gewalt verkannt bzw. nicht erkannt und somit auch nicht thematisiert wurde. Staatspräsident Moncef Marzouki bezeichnete in einem Fernsehinterview vom 23. Februar 2014 die Bekämpfung des Terrorismus als ein Problem unter anderen, mit denen sich die Regierung – abgesehen vom „Kampf gegen Armut, regionale Disparitäten und Ignoranz“ – auseinanderzusetzen habe. Vertreter des säkular, liberal orientierten Teils der Zivilgesellschaft wiesen indessen schon seit Ende 2012 auf das Problem des mangelnden Willens der staatlichen Verantwortlichen zum Gegensteuern hin. Der Soziologe Abdessattar Sahbani lieferte in diesem Sinne im Mai 2013 eine schonungslose Analyse.⁸
- Die allgemeine **Schwächung der Sicherheitsapparate** nach der Auflösung spezifischer Organe wie der Staatssicherheit und des Geheimdienstes sowie den personellen Turbulenzen im Sicherheitsbereich nach dem politischen Umbruch 2011.⁹ Zu diesem organisatorischen und personellen Problem kamen die mangelhafte technische Ausstattung, massive Defizite in der militärischen Logistik, die sich besonders nach dem Vorfall von Jendouba am 16. Februar 2014 offenbarten (vgl. Chronologie) und das fehlende

⁶ Der Nährboden des islamistischen Terrorismus in Tunesien unterscheidet sich nicht grundlegend von den anderswo anzutreffenden begünstigenden Faktoren; allerdings spielt das Wohlstands- und Bildungsdefizit in Tunesien eine größere Rolle als z.B. in Europa; vgl. hierzu <<http://www.crp-infotec.de/08spezi/terror/basics/naehrboden.html>> (Der Nährboden des islamistischen Terrorismus, 2014); vgl. Mediapart, 12.3.2014 (Taje, Mehdi: Terrorisme en Tunisie: des facteurs internes ... mais aussi une part de manipulation), <<http://leplus.nouvelobs.com/contribution/1157546-terrorisme-en-tunisie-des-facteurs-internes-mais-aussi-une-part-de-manipulation.html>> sowie Le Quotidien d'Oran, 4.6.2014 (Le „Printemps Arabe“ a renforcé le terrorisme).

⁷ Vgl. das ausführliche Interview mit Alaya Allani in: Le Temps, Tunis, 3.11.2013 (La légalisation de l'Islam radical est à l'origine de l'émergence du terrorisme en Tunisie).

⁸ Vgl. Le Temps, Tunis, 4.5.2013 (La violence en Tunisie – L'absence d'état sert tous les extrémismes); vgl. auch Le Point, Paris, 10.6.2014 (Tunisie: pourquoi les terroristes dictent-ils leur loi? Le cas de la ville de Fernana).

⁹ Vgl. Hanlone Querine: Security sector reform in Tunisia, Washington D. C.: United States Institute of Peace 2012; die personellen Defizite der Armee und Sicherheitsorgane nach 2011 thematisiert der Ex-Brigadegeneral Mohamed Meddeb in seiner längeren Analyse in La Presse de Tunisie, 31.7.2014 (L'Armée nationale face à ses missions multiples: dispose-t-elle des ressources humaines nécessaires?).

Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitsorgane, die jahrelang nur als Repressionsinstrumente wahrgenommen wurden, hinzu. Die Folgen dieser Entwicklung sind: fehlende Effizienz der Sicherheitsorgane bei der Identifizierung und im Kampf gegen islamistische Gewalttäter; eine fehlende Strategie zur Prävention und Bekämpfung terroristischer Gefahren; der Mangel an nachrichtendienstlicher Inlandsaufklärung und das Unvermögen der Sicherheitsorgane, schnell landesweit gut ausgerüstete Sicherheitskräfte bereitstellen und einsetzen zu können. Da bewaffnete Gruppen über Komplizen im Sicherheitsapparat verfügen, werden sie auch regelmäßig über bevorstehende Operationen gewarnt.

- Mit dem vorherigen Punkt eng zusammenhängend sind zudem die **Dysfunktionalitäten in der Organisation der Terrorabwehr** zu nennen; war die Aufgabe der Terrorabwehr für die Armee ein Novum an sich, so hätte eine mögliche rechtzeitige Schulung ab 2013 die eingetretenen Defizite zumindest verkleinert. So musste Premierminister Jomaa anlässlich seines Treffens mit dem algerischen Amtskollegen Sellal in Tebessa am 22. Juli 2014 feststellen, dass die nationalen Sicherheitsorgane, allen voran die Armee, ihre „Hausaufgaben“ nicht gemacht hatten und trotz der grenzüberschreitenden Terrorismusproblematik über keinerlei Datenaustausch und Koordination mit den algerischen Sicherheitsorganen verfügten; hinzu kamen mangelnde Abstimmungen zwischen Bodentruppen und Luftwaffe beim Einsatz gegen bewaffnete Gruppen. Direkte Folge dieser Defizite war der Rücktritt des Generalstabschefs des Heeres, General Mohamed Salah Hamdi am 30. Juli 2014.¹⁰ Weitere gravierende Dysfunktionalitäten beschreibt Walid Zarrouq, Leiter der Gewerkschaft der Sicherheitsorgane, der damit quasi institutionsinterne Fakten preisgibt: Es handelt sich dabei u.a. um die Fehlbesetzung wichtiger Posten mit inkompetenten Personen; die Entsendung des kompetenten Antiterror spezialisten Mohamed Larbi Bellekhal nach Libyen, obwohl er dringend in Tunesien gebraucht worden wäre; die Einrichtung von Krisenzellen ohne die Hinzuziehung der wichtigen Sicherheitsdirektoren.¹¹ Eine Korrektur dieser konstatierten Defizite erfolgte bislang nicht.
- Die **Verankerung der Mitglieder lokaler jihadistischer Gruppen in der Bevölkerung**. Es gibt Berichte über das Doppel Leben einiger tunesischer Mitglieder bewaffneter Gruppen, die tagsüber einer Beschäftigung nachgehen und nur nachts oder zeitweilig im Untergrund aktiv werden. Speziell ärmere Stadtviertel wie z.B. die Cité Ezzouhour in Kasserine oder Douar Hichar im Westen von Tunis mit ihrem hohen Anteil an Islamisten bieten Unterschlupf für Mitglieder bewaffneter Gruppen.¹²
- Die seit 2011 **anhaltende Wirtschaftskrise** in Tunesien. Diese akute Wirtschaftskrise wurde insbesondere durch den Zusammenbruch des Tourismussektors, das Ausbleiben neuer

¹⁰ Vgl. La Presse de Tunisie, 31.7.2014 (Le chef d'état-major de l'armée tire sa révérence).

¹¹ Vgl. zu diesen Aspekten das ausführliche Interview mit Walid Zarrouq in Le Temps, Tunis, 3.8.2014 (Le démantèlement de certaines institutions étatiques et la mise à l'écart des compétences ont fragilisé la Tunisie face au terrorisme).

¹² Vgl. Kapitalis, Tunis, 28.5.2014 (Société: Les terroristes de Kasserine sont descendus du mont Salloum); Jeune Afrique, Paris, 8.6.2014 (Tunisie: „Mon voisin est jihadiste“).

Auslandsinvestitionen, den partiellen Rückzug ausländischer Unternehmen und die Störung des Wirtschaftskreislaufes durch die hohe Anzahl an Streiks ausgelöst. Angesichts der Wirtschaftsprobleme wurden weder die Ungleichheit der Regionalentwicklung, die mit der Hauptanlass für den Ausbruch der Protestbewegung im Dezember 2010 war, noch die hohe Arbeitslosigkeit¹³ unter Jugendlichen, jüngeren Erwachsenen und Hochschulabsolventen auch nur ansatzweise reduziert. Die Anfälligkeit junger Erwachsener für radikale islamistische Thesen und ihre Lösungskonzepte stieg folglich seit 2011 signifikant an.

- Die **Korruption** und der seit 2011 besonders im Süden Tunesiens ausufernde **Schmuggel** und **informelle Handel**. Mit einem jährlichen Volumen von über 28 Mrd. TD (12 Mrd. Euro; 40 % des BIP) eröffneten sich damit neue Quellen der Terrorfinanzierung.¹⁴ Das Anwachsen der Korruption ist eng mit dem Anstieg des grenzüberschreitenden Schmuggels korreliert.¹⁵ Sicherheitspolitische Analysten sprechen davon, dass sich seit dem Sturz Präsident Ben Alis die Zusammenarbeit zwischen südtunesischen Schmugglernetzwerken und gewaltbereiten Gruppen insbesondere im Bereich Waffenschmuggel intensivierte.¹⁶ Zudem habe die internationale organisierte Kriminalität die Schwäche und defizitäre Präsenz der Sicherheitsapparate genutzt, um in Tunesien Fuß zu fassen und ihre illegalen Wirtschaftsaktivitäten (wie u.a. Drogenschmuggel; Produktpiraterie; Schleusung von Migranten) zu intensivieren.¹⁷
- Die fehlende kohärente **Gesetzeslage**. Das 2003 verabschiedete Gesetz zur Bekämpfung von Terrorismus wurde nach dem politischen Umbruch 2011 außer Kraft gesetzt und bislang kein neues Gesetz verabschiedet (s.u.). Der am 28. Januar 2014 vom Ministerrat verabschiedete Gesetzentwurf (Organgesetz 2014-9 zum Kampf gegen Terrorismus und der Bekämpfung von Geldwäsche)¹⁸ wird seit Frühjahr 2014 auf Kommissionsebene in der Verfassunggebenden Versammlung sehr kontrovers diskutiert (strittig ist u.a. die Definition von Terrorismus); die Verabschiedung des Gesetzes verzögert sich aber;¹⁹ in einigen Presseberichten ist deshalb davon die Rede, dass die Deputierten wegen der komplizierten Materie die Angelegenheit am liebsten dem im Oktober 2014 neu zu wählenden Parlament überlassen wollen.

¹³ Vgl. Angenendt, Steffen/Popp, Silvia: Jugendarbeitslosigkeit in nordafrikanischen Ländern. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-aktuell 34), Juni 2012.

¹⁴ Vgl. African Manager, 20.1.2014 (Tunis: L'économie informelle accapare un tiers de l'économie tunisienne).

¹⁵ Zu Details vgl. Reuters, 12.12.2012 (Les réseaux mafieux de contrebande nourrissent la corruption en Tunisie).

¹⁶ Zentren dieser Kooperation sind Sfax, Medenine und Ben Guerdane.

¹⁷ Vgl. hierzu im Detail die Ausführungen in Mattes, Hanspeter: Wachsende Sicherheitsprobleme in Tunesien, Ägypten und Libyen, Berlin: Edition Wuqûf (Wuqûf-Kurzanalyse 23), Februar 2013, <http://www.wuquf.de/www/cms/upload/wuquf_2013_1_sicherheitsprobleme_tunaeglib.pdf>.

¹⁸ Vgl. zum Entwurf <http://majles.marsad.tn/fr/loi_antiterroriste/custom_loi_antiterroriste_index>.

¹⁹ Vgl. zum Stand der Diskussion Mitte August 2014 Le Temps, Tunis, 16.8.2014 (Loi anti-terroriste) und die laufend aktualisierte Berichterstattung aus der Verfassunggebenden Versammlung auf <<http://majles.marsad.tn>>.

- Der **unkontrollierte Zugriff auf Gewalt propagierende Webseiten**. Es handelt sich um Webseiten, die zum bewaffneten Kampf („Jihad“) in Syrien und gegen die „ungerechten Herrscher“ und ihre Unterdrückungsapparate aufrufen. Nach tunesischen Angaben sind mindestens 150 solcher Webseiten identifiziert. Die noch Ende 2010 unter Präsident Ben Ali angeschafften technischen Geräte zur Internetüberwachung seien aber nach dem politischen Umbruch nie installiert worden. Ihre technische Überholung und Installierung würde etwa 10 Mio. TD (4,2 Mio. Euro) kosten. Angesichts der akuten Haushaltsskrise wurde dieses Geld bislang nicht zur Verfügung gestellt.
- Die nach 2011 **zusammengebrochene staatliche Kontrolle der Moscheen**. Seit Herbst 2013 erfolgen auf Druck der säkular orientierten Zivilgesellschaft einzelne Maßnahmen zur Wiederherstellung der staatlichen Kontrolle über die Moscheen.²⁰ Im Juni/Juli 2014 gelten noch immer Dutzende Moscheen als „nicht staatlich kontrolliert“; de facto bedeutet dies, dass die Verwaltung der Moscheen und die Ernennung der Imame nicht durch das zuständige Ministerium für religiöse Angelegenheiten erfolgt. Seit 2011/2012 haben in zahlreichen Stadtvierteln, in denen islamistische Gruppen stark präsent sind, selbsternannte Imame Moscheen usurpiert und für die Verbreitung ihrer Religionsauffassung sowie für Aufrufe zum bewaffneten Kampf genutzt. Das Spektrum der Prediger, die den Jihad verherrlichen, ist breit und umfasst Mitglieder/Anhänger salafistischer Gruppen und Mitglieder/Anhänger Ennahdas. Die Indoktrination der Kinder setzt vor allem in den neu eingerichteten Koranschulen an, in denen teilweise fünfjährige Mädchen im Niqab (Vollschieleier) unterrichtet werden. Die traditionellen Koranschulen und Korankindergärten sind „vor aller Augen und Ohren zu einem unabhängigen Staat in Tunesien“ mutiert, wie die tunesische Tageszeitung Achourouk z.B. am 3. Juni 2014 berichtete.
- Die **Proliferation von privaten Radiosendern** in Tunesien, die zu religiösem Extremismus und politischer Gewalt aufrufen;²¹ trotz de facto bestehender gesetzlicher Regelungen des Rundfunksektors gibt es seit 2013 verstärkt Sender wie NourFM, al-InsanFM oder MonastirFM, die Sendungen ausstrahlen, in denen (oftmals ausländische) Prediger vor allem Jugendliche offen zur Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen das

²⁰ Anfang März 2014 gab Innenminister Ben Jeddou in Radio MosaiqueFM bekannt, dass noch mindestens 380 Moscheen unter Kontrolle von „Takfiristen“ stünden; vgl. MosaiqueFM, 2.3.2014 (Le ministre de l'intérieur donne la liste des imams extrémistes à limoges). Seither meldet das Ministerium für religiöse Angelegenheiten in Abständen, wie viele Moscheen „zurück gewonnen“ werden konnten. Laut Religionsminister Tlili vom 27.6.2014 entzogen sich noch 42 Moscheen staatlicher Kontrolle; nach seinen Angaben vom 28.8. sollen es noch 25 Moscheen sein. Das heißt allerdings nicht, dass an allen anderen Moscheen keine islamistischen Imame predigen und dass die Predigten „unpolitisch“ sind. In einem Interview, das am 8.7.2014 erschien, hat der Religionsminister auf die Frage, ob er zwischen „wissenschaftlichen Salafisten“ und „Takfiristen“, die Gewalt gegen „Ungläubige“ predigen, unterscheide, sehr ausweichend geantwortet und gemeint, dass bei der Auswahl der Imame ausschließlich Kompetenz und die Beachtung gewisser Verhaltensregeln zähle und nicht die Grundlagen ihrer Überzeugungen („Ideen“) berücksichtigt würden (Réalités, Tunis, 8.7.2014: Entretien avec Mounir Tlili).

²¹ Hintergrund ist, dass zahlreiche Sender durch Kapital aus den Golfstaaten finanziert werden; Hannibal TV ist z.B. stark vom Kapital der saudischen Gaia Equity abhängig; vgl. Kapitalis, Tunis, 26.11.2013 (Hannibal TV contrôlée par des investisseurs saoudiens).

„Unislamische“ aufrufen.²² Tunesische, säkular orientierte Medien kritisieren in diesem Zusammenhang die fehlende staatliche Kontrolle bzw. die Ineffizienz der im Mai 2012 geschaffenen Aufsichtsbehörde für audiovisuelle Kommunikation HAICA (Haute Autorité Indépendante de la Communication Audiovisuelle) und plädieren für die Einführung eines unabhängigen Observatoriums, das die Nutzung der FM-Frequenzen und die ausgestrahlten Inhalte überwacht. Erst nach dem Anschlag vom 16. Juli 2014 hat die Regierung dem Ernst der Lage entsprechend reagiert und am 21. Juli die Sender NourFM und al-InsanFM geschlossen. Islamistisch ausgerichtete Journalisten der Berufsvereinigung „Syndicat des Radios Libres“ wiederum machen sich für die Radiosender stark. Ihr fadenscheiniges Argument: man müsse doch erst über die islamistischen Standpunkte informieren, damit man weiß, gegen was man eventuell zu kämpfen habe.²³ Im Vergleich zu diesen Radiosendern ist der islamistische Positionen vertretende Fernsehsender Zitouna TV etwas subtiler bei der Vermittlung der Botschaft. In einer der jüngsten Sendungen wurde jedoch massive Kritik am Vorgehen der Regierung Jomaa in Bezug auf religiöse Vereinigungen, Koranschulen und Moscheenkontrolle geübt und die Maßnahmen als „gegen die Religion gerichtet“ bezeichnet.²⁴

Regionale Komponente

Die Entwicklungen in **Libyen, Mali und Syrien seit 2011/2012** hatten deutliche Rückwirkungen auf die innertunesische Sicherheitslage und die islamistischen gewaltbereiten Gruppen.

Die direktesten Auswirkungen hatte der Sturz des Qaddafi-Regimes in **Libyen** 2011. Im Verlauf des libyschen Bürgerkrieges fielen den gegen das Regime kämpfenden Brigaden sukzessive alle Waffendepots der bisherigen libyschen Armee in die Hände. Damit setzte ein unkontrollierter Prozess der Waffenproliferation ein. Hunderttausende von Kleinwaffen (Gewehre, Pistolen) inklusive Munition, Granaten, Boden-Luft-Raketen etc. zirkulieren seither innerhalb Libyens und im benachbarten Ausland. Tunesien ist seit Ende 2011 sowohl Zielort von umfangreichen Waffenlieferungen an die sich dort formierenden gewaltbereiten terroristischen Gruppen als auch Transitzone für Waffenlieferungen nach Algerien geworden.²⁵ Zugleich stellen vor allem der südliche Teil von West-Libyen (Tripolitanien, insbesondere der Jebel Nafusa) und der Süden Libyens (Fazzan) ideale geographische Rückzugsräume für tunesische Jihadisten dar, die dort zum einen der Verfolgung durch tunesische Sicherheitskräfte ausweichen können und

²² Vgl. Details in Le Maghreb, Tunis, 4.6.2014 (Idha' da'wiya khassa fi al-munastir taharrid 'ala al-jihad wa a'mal al-'unf).

²³ Vgl. La Presse de Tunisie, 17.8.2014 (Les terroristes ont-ils droit à l'antenne?).

²⁴ So am 14.8.2014 der Moderator der Sendung „Zwischen Scharia und zivilem Recht“, Monom Turki. Vgl. Kapitalis, Tunis, 15.8.2014 (Zitouna TV accuse le gouvernement tunisien de <faire la guerre à l'Islam>); vgl. das Video zur Sendung unter <<http://www.kapitalis.com/medias/24052-zitounatv-accuse-le-gouvernement-tunisien-de-faire-la-guerre-a-l-islam-video.html?device=xhtml>>.

²⁵ Die tunesischen Medien berichten seit 2012 ausführlich über den Waffenschmuggel aus Libyen nach Tunesien, Waffenpreise (2013 kostete eine Kalaschnikow in Südtunesien zwischen 20-25 TD bzw. 10-12 Euro) und die Aushebung von kriminellen/terroristischen Schmugglerbanden; vgl. exemplarisch Leaders, Tunis, 10.1.2013 (Florissant trafic d'armes de guerre en Tunisie), La Presse de Tunisie, 14.8.2013 (Nouvelles révélations sur l'acheminement des armes libyennes en Tunisie).

zum anderen in Zusammenarbeit mit libyschen islamistischen Brigaden Möglichkeiten zum militärischen Training in deren Ausbildungslagern fanden.²⁶

Die Entwicklung in Mali seit 2012 ist für Tunesien vor allem wegen der angeblich in Nord-Mali aktiven tunesischen Jihadisten von Bedeutung. Unter den in Nord-Mali operierenden islamistischen Gruppen Ansar Dine und MUJAO, die mit Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) kooperieren, sollen zahlreiche tunesische Jihadisten sein.²⁷ Der Vorstoß von Ansar Dine nach Süden Richtung Bamako Ende 2012 konnte nur durch den von der UNO gebilligten internationalen Militäreinsatz („Operation Serval“), der von der französischen Armee angeführt wurde, ab 11. Januar 2013 zurückgeschlagen werden. Die Wiedereroberung Nord-Malis durch die französische Armee führte zu einem Rückzug der meisten algerischen, libyschen und tunesischen Jihadisten aus Nord-Mali in ihre Heimatländer, wo sie seither mit ihrer Kampferfahrung die dort operierenden jihadistischen Gruppen unterstützen.²⁸ Die Grenzsicherung im Sahelraum und zwischen Algerien und Mali sowie zwischen Algerien und Libyen steht seither hoch auf der Agenda der eng miteinander kooperierenden Sicherheitsorgane aller betroffenen Sahel- und Maghrebstaaten.²⁹

Syrien ist für tunesische Jihadisten von besonderer Bedeutung. Diverse Kampfverbände in Syrien wie die Nusra-Front, ISIS oder Ahrar al-Sham, die seit 2011 den Kampf gegen das Regime Präsident Asads aufgenommen haben,³⁰ bieten ausländischen Kampfwilligen die Möglichkeit zur bewaffneten Aktion. Dieser „islamistischen Internationale“ schlossen sich zahlreiche Tunesier an. Nach Angaben des tunesischen Innenministeriums vom Juni 2014 sind rund 4.000 junge Tunesier über Libyen oder die Türkei zu den jihadistischen Kampfgruppen in

²⁶ Solche Informationen gehen in der Regel auf Geheimdienstinformationen und US-amerikanische Satellitenaufklärung zurück, so dass ihr Wahrheitsgehalt hinsichtlich der quantitativen Angaben (Anzahl der Ausbildungslager; Anzahl der sich dort aufhaltenden Jihadisten) nicht überprüft werden kann; allerdings gibt es genügend Zeugenaussagen, die den Sachverhalt an sich belegen; vgl. Terrorism Monitor, 30.5.2014 (Tunisian Jihadists establishing new networks with Libyan Islamists).

²⁷ In der tunesischen Tageszeitung Le Quotidien vom 17.1.2013 wurde unter Berufung auf Angaben des Innenministeriums die Zahl von 6.300 tunesischen Jihadisten genannt; die Zahlenangabe kann nicht durch andere Quellen bestätigt werden, scheint aber eindeutig zu hoch zu sein; in jedem Fall war die Ausreise von Tunesiern in den Norden Malis Anlass, zusammen mit algerischen und libyschen Sicherheitskräften, die Verbesserung der Grenzsicherheit in die Wege zu leiten.

²⁸ Ein Teil der tunesischen Jihadisten (ca. 800) soll sich aber immer noch im algerisch-tunesischen Grenzgebiet aufhalten; etwa 300 Tunesier sollen sich laut Radio MosaiqueFM (18.9.2013) im August 2013 der neu von Mokhtar Belmokhtar gegründeten Organisation „Mourabitoun“ angeschlossen haben und weiterhin im malisch-algerischen Grenzgebiet operieren.

²⁹ Das letzte entsprechende hochrangige Treffen von acht betroffenen Staaten fand vom 25.-29.5.2014 in Algier statt; vgl. Le Temps, Algier, 26.5.2014 (Les services de renseignements des pays du Sahel en conclave); vorausgegangen war am 21./22.5.2014 ein Innenministertreffen der G5-Sahelstaaten in Nouakchott, auf der eine mit den Maghrebstaaten abgestimmte Sicherheitsplattform verabschiedet wurde.

³⁰ Vgl. als Überblick Steinberg, Guido: Die neuen „Löwen Syriens“. Salafistische und jihadistische Gruppen dominieren die syrische Aufstandsbewegung, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP Aktuell), April 2014.

Syrien gestoßen.³¹ 8.750 junge Tunesier sind an der illegalen Ausreise gehindert worden. Eines der größten Schleusernetzwerke wurde demzufolge Anfang Juni 2014 im südtunesischen Tataouine ausgehoben.³² Nach offiziellen tunesischen Angaben sollen seit 2012 bis Jahresanfang 2014 über 1.900 Tunesier in Syrien gefallen sein. Eine Hauptzorge der tunesischen Regierung ist die Rückkehr der im bewaffneten Kampf geschulten Tunesier.³³ Laut Innenminister Ben Jeddou sind 462 tunesische Jihadisten (Stand Anfang Juni 2014) bereits aus Syrien zurückgekehrt und werden von den Sicherheitskräften überwacht.

4. Staatliche Maßnahmen gegen islamistische Gewalt

Die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung islamistischer Gewalt sind bislang wenig ausdifferenziert und konzentrieren sich auf sicherheitspolitische Maßnahmen sowie Ansätze zur Kontrolle der Moscheen. Der Bildungsbereich einschließlich des religiösen Bildungswesens sowie gesellschaftspolitische Fördermaßnahmen zur Stärkung des Toleranzgedankens und der Akzeptanz von Pluralität fehlen. Bislang gab es in Tunesien zudem, so der ehemalige Bildungsminister Hatem Ben Salem, noch keine gesellschaftliche Debatte über notwendige Maßnahmen zur Deradikalisierung von Mitgliedern bewaffneter Gruppen, ohne die weder die Reintegration der zurückgekehrten Jihadisten aus Syrien möglich sei noch dem Phänomen Terrorismus langfristig beizukommen sei.³⁴

Sicherheitspolitische Maßnahmen

Ausrufung und Aufhebung des Notstandes: Zu den ersten sicherheitspolitischen Maßnahmen nach der Flucht Präsident Ben Ali aus dem Land und dem darauf folgenden politischen Umbruch gehörte der noch am 14. Januar 2011 von Übergangspräsident Mbaaza verhängte Notstand, der in periodischen Abständen immer wieder für jeweils drei bis acht Monate verlängert wurde und damit zugleich die anhaltend angespannte Sicherheitslage dokumentierte. Bei ausufernden lokalen Protesten wie zum Beispiel im August 2011 in der Region Sfax, im September 2011 in Gafsa/Metlaoui, im Juni 2012 in Tunis, Sousse, Monastir

³¹ Vgl. *La Presse de Tunisie*, 11.6.2014 (Enquête: Bilan). Ein besonderer Aspekt, der in den tunesischen Medien große Wellen schlug, ist die Entsendung von jungen Tunesierinnen, die in Syrien für die kämpfenden Jihadisten „Liebesdienste“ erbringen sollten; die Rückkehr einiger schwangerer Mädchen (und die Verstoßung durch ihre Familien) lösten eine heftige Debatte über den weiteren Umgang mit ihnen aus. Genauere Zahlenangaben können nicht gemacht werden.

³² In den tunesischen Medien gibt es seit 2013 laufend Meldungen über die Aushebung entsprechend aktiver Rekrutierungszellen; vgl. *La Presse de Tunisie*, 11.6.2014 (Mohamed Ali Laroui, Porte-parole du Ministère de l'intérieur: „A Tataouine, nous venons de démanteler la cellule la plus dangereuse engagé dans le jihad“).

³³ So geschah es 1991/1992, als z.B. die aus Ägypten und Libyen stammenden Afghanistankämpfer, die „arabischen Afghanen“, in ihre Heimatländer zurückkehrten und dort ab 1992 den bewaffneten Kampf gegen die Regime aufnahmen. Zur innertunesischen Diskussion vgl. *Leaders*, Tunis, 22.2.2014 (Quelles solutions pour nos djihadistes de retour du maquis syrien?).

³⁴ Vgl. das Interview mit Hatem Ben Salem in: *Magharebia*, 6.6.2014 (L'impact de la Syrie pèse sur le Maghreb).

und Jendouba, im November 2012 in Siliana wurde zudem für ein oder mehrere Tage eine nächtliche Ausgangsperre verhängt. Der Notstand, mit dem die Einschränkung bestimmter Rechte verbunden ist (u.a. das Demonstrations- und Versammlungsrecht) und mit einer hohen Präsenz von Soldaten mit bajonettbestückten Gewehren im Stadtbild verbunden war, wurde überraschend von Staatspräsident Marzouki per Dekret ab 5. März 2014 für aufgehoben erklärt,³⁵ obwohl zu diesem Zeitpunkt die Kämpfe der Armee mit bewaffneten islamistischen Gruppen im Jebel-Chaambi-Gebiet im vollen Gange und auch in anderen Landesteilen die Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitsorganen und gewaltbereiten Gruppen virulent waren. Die Motive, die hinter diesem Schritt von Staatspräsident Marzouki stehen, sind nicht bekannt; sein Hinweis auf die verbesserte Sicherheitslage wurde allerdings bereits im März von tunesischen Sicherheitsexperten und Journalisten zurückgewiesen und der Zeitpunkt als verfrüht angesehen.³⁶ Die Entwicklungen seit 5. März 2014 (vgl. Chronologie) zeigen zudem, wie unrealistisch die Lageeinschätzung des Staatspräsidenten war.

Reform des Sicherheitssektors: Erste Maßnahmen zur Reform des Sicherheitssektors erfolgten bereits 2011.³⁷ Im Mittelpunkt standen die Reform des Innenministeriums und der verschiedenen Sicherheitsorgane. Abgesehen von personellen Neubesetzungen und kleineren organisatorischen Einzelmaßnahmen ist eine grundsätzliche Debatte und nachfolgende Neustrukturierung ausgeblieben. Symptomatisch für diese Blockadesituation ist das Weißbuch, das ab August 2011 vom damaligen für die Reform des Sicherheitssektors zuständigen Staatsekretär im Innenministerium, Mohamed Lazhar Akremi, ausgearbeitet und im Dezember 2011 vorgelegt wurde. Das Weißbuch wurde nie publiziert und somit auch keine öffentliche Diskussion eingeleitet.³⁸ Die Reform macht keine signifikanten Fortschritte.³⁹

Strategie gegen Terrorismus: Seit 2013 verstärken sich die Forderungen nach einer umfassenden kurz-, mittel- und langfristigen Antiterrorismusstrategie für Tunesien. Die Fürsprecher einer über rein sicherheitspolitische Maßnahmen hinausgehenden Strategie sind breit gestreut, werden aber besonders vom Tunesischen Zentrum für Globale

³⁵ Vgl. Magharebia, 11.3.2014 (Fin de l'état d'urgence en Tunisie).

³⁶ Vgl. La Presse de Tunisie, 10.3.2014 (Levée de l'état d'urgence: Est-ce le bon moment?).

³⁷ Vgl. zur Sicherheitssektorreform in Tunesien Hanlone (2012), a.a.O. (Anm. 9); Lutterbeck, Derek: After the fall: Security sector reform in post-Ben Ali Tunisia, Paris: Arab Reform Initiative, Oktober 2012, <<http://www.arab-reform.net/sites/default/files/After%20the%20Fall.%20SSR%20in%20Post-Ben%20Ali.pdf>>.

³⁸ Vgl. zum Inhalt des Weißbuchs die Zusammenfassung in Tunis Agence Press, 7.12.2011 (Un livre blanc intutilé „Sécurité et développement: vers une sécurité au service de la démocratie“); der im Weißbuch in Abschnitt 6 geforderte Wiederaufbau einer nationalen „Agence des services de renseignement“, also eines Inlandsgeheimdienstes, wurde genau so wenig realisiert wie der „soziale Dialog“ zwischen Innenministerium und den Angehörigen der polizeilichen Sicherheitsdienste, die sich seit 2011 deshalb zur Durchsetzung ihrer Interessen in mehreren berufsspezifischen Organisationen zusammenschlossen.

³⁹ Vgl. zum gegenwärtigen Stand der Sicherheitssektorreform die Analyse von Haykal Ben Mahfoudh: Security sector reform in Tunisia three years into the democratic transition., Paris: Arab Reform Initiative, Juli 2014, <<http://www.arab-reform.net/security-sector-reform-tunisia-three-years-democratic-transition>>.

Sicherheitsstudien CTESG (Centre Tunisien des Etudes de Sécurité Globale),⁴⁰ dem Internationalen Zentrum für Studien strategischer, sicherheitspolitischer und militärischer Art CIESSM (Centre International des Etudes Stratégiques, Sécuritaires et Militaires),⁴¹ dem erst im Juni 2014 gegründeten Nationalen Observatorium des Kampfes gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität ONLTCO (Observatoire National de Lutte contre le Terrorisme et le Crime Organisé),⁴² den Interessenvertretungen der Polizei und den Organisatoren der ursprünglich für Sommer 2014 geplanten „Nationalen Konferenz über den Terrorismus“ formuliert. Bis Ende August 2014 fand diese Konferenz jedoch nicht statt. Premierminister Jomaa will nicht nur wegen der polizeilichen, politischen, kulturellen und sozialen Dimension des Antiterrorkampfes eine breite gesellschaftliche Front gegen den Terrorismus („Pôle pluridisciplinaire de lutte contre le terrorisme“) aufbauen,⁴³ sondern diese Aktion durch die Bildung eines „Zentrums zum Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität“ unterstützen. Diese Einrichtung soll alle Antiterrorismusaktivitäten der verschiedenen Sicherheitsorgane koordinieren und dadurch helfen, die Effektivität der Terrorbekämpfung zu steigern.⁴⁴ Realisiert wurde bislang ein Krisenstab für Sicherheitsangelegenheiten beim Premierminister.

Antiterrorismusgesetz: Seit Anfang des Jahres 2013 hält die Diskussion an, ob Tunesien nach den Erfahrungen mit dem Antiterrorismusgesetz der Ära Präsident Ben Alis (Gesetz vom 10. Dezember 2003)⁴⁵ zur Gefahrenabwehr erneut ein Antiterrorismusgesetz braucht oder nicht.⁴⁶ Nachdem in der Regierung das Votum hierzu unter Hinweis auf die reale Bedrohungslage⁴⁷ positiv ausfiel und sich insbesondere das Justizministerium für ein neues Antiterrorismusgesetz stark machte,⁴⁸ wurde ein Gesetzentwurf erarbeitet, der seit 28. Januar 2014 vorliegt und am

⁴⁰ Vgl. *La Presse de Tunisie*, 14.6.2014 (CTESG: Elaboration d'une stratégie de lutte contre le terrorisme).

⁴¹ Vgl. *La Presse de Tunisie*, 30.5.2014 (Lutte contre le terrorisme. Pour une stratégie cohérente et opérationnelle).

⁴² Vgl. *La Presse de Tunisie*, 17.6.2014 (Tunisie: Stratégie nationale de lutte contre le terrorisme. La société civile retrousse les manches).

⁴³ Vgl. *La Presse de Tunisie*, 17.5.2014 (Une réponse intégrée et globale); Teil des politischen Antiterrorismusengagements ist die Proklamation des 6. Februar zum „Nationalen Tag des Kampfes gegen politische Gewalt“ durch Staatspräsident Marzouki; dieser Tag wurde 2014 erstmals begangen und erinnert an die Ermordung des säkularen, links-orientierten Politikers Chokri Belaid im Februar 2013.

⁴⁴ Tunis Agence Press, 15.5.2014 (La Tunisie va créer un centre antiterrorisme).

⁴⁵ Der Text des Gesetzes zum Kampf gegen Terrorismus aus dem Jahr 2003 ist einsehbar unter <http://www.cmf.org.tn/pdf/textes_ref/reglementations/Version_FR/blanchis_argent_lutte_ter/loi_terrorisme_blanchiment.pdf>.

⁴⁶ Vgl. zur kontroversen Diskussion *Al-Jazeera*, 20.5.2013 (Deposed president's anti-terror law stirs debate in Tunisia); *Le Temps*, Tunis, 14.5.2013 (Activation de la loi antiterroriste).

⁴⁷ Allein 2013 kamen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung 24 Sicherheitsbeamte ums Leben; mehr als 1.300 Personen wurden verhaftet, denen terroristische Akte zur Last gelegt werden; zahlreiche Waffenlager wurden aufgedeckt.

⁴⁸ Vgl. *Al-Jazeera*, 3.6.2014 (Tunisian justice minister says anti-terror legislation is necessary).

21. März 2014 in der Verfassunggebenden Versammlung erstmals vorgestellt wurde.⁴⁹ Die Debatte des Gesetzentwurfs durch die Vollversammlung der Deputierten und die Verabschiedung durch die Verfassunggebende Versammlung verzögerte sich seither allerdings immer wieder, weil zahlreiche Artikel Widerspruch auslösen. Bereits auf Kommissionsebene wurde z.B. keine Einigkeit über die Definition von Terrorismus erzielt. Umstritten ist auch, inwieweit aus Syrien zurückkehrende Jihadisten dem Gesetz unterworfen werden sollen. Der ehemalige Premierminister Laarayedh (Ennahda) und Staatspräsident Marzouki schlugen im November 2013 bzw. am 6. Mai 2014 eine mögliche Amnestie bzw. Strafmilderung für jene Mitglieder bewaffneter Gruppen vor, die ihre Waffen niederlegen.⁵⁰ Dieser Vorschlag ist trotz Bedenken weithin positiv aufgenommen worden. In der Diskussion ist gegenwärtig, ob hierfür (wie in Algerien) ein separates Gesetz verabschiedet werden soll, oder dieser Sachverhalt in das geplante Organgesetz zum Kampf gegen Terrorismus integriert werden soll.⁵¹ Eine Entscheidung steht darüber noch aus. Es ist auch nicht absehbar, wann das Gesetz verabschiedet wird.

Sicherheitsmaßnahmen im engeren Sinne

Die tunesische Regierung reagierte zwangsläufig auf die sich allmählich verschärfende Sicherheitslage, den Waffenschmuggel und die zunehmende Kriminalität mit Sicherheitsmaßnahmen im engeren Sinne. Hierzu gehörten neben Bemühungen zur militärischen Aufrüstung und der verbesserten Grenzsicherung spezielle militärische Maßnahmen sowie der Ausbau der Kooperation mit den Nachbarstaaten, in erster Linie mit Algerien und (wenngleich weitaus schwieriger wegen der fragilen innenpolitischen Lage) mit Libyen, der EU sowie den USA:

- Die Verfassunggebende Versammlung räumte trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sicherheitspolitischen Maßnahmen eine hohe Priorität ein, was sich im **wachsenden Budget des Innen- und Verteidigungsministeriums** niederschlug. So wurden 2013 dem Innenministerium 2,143 Mrd. TD (929,5 Mio. Euro), 2014 immerhin 2,279 Mrd. TD (988,4 Mio. Euro) zur Verfügung gestellt. Das Budget des Verteidigungsministeriums stieg von 1,233 Mrd. TD (534,7 Mio. Euro) auf 1,538 Mrd. TD (667,0 Mio. Euro) an.⁵² Die erhöhten Haushaltssmittel sollen nicht nur für die Neurekrutierung von Personal vor allem bei der Grenzpolizei verwendet werden, sondern auch die materielle Ausrüstung aller

⁴⁹ Der 40 Seiten umfassende Gesetzentwurf des Organgesetzes Nr. 9-2014 zum Kampf gegen Terrorismus und dem Verbot der Geldwäsche wurde unter Federführung des Ministeriums für Menschenrechte und transitionelle Justiz erarbeitet. Der Gesetzentwurf ist einsehbar unter <http://www.marsad.tn/uploads/documents/09_2014.pdf>. Eine kritische Kommentierung des Gesetzentwurfs veröffentlichte die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch im Juli 2014 (An analysis of Tunisia's draft counterterrorism law, Washington D. C., 7.7.2014, <<http://www.hrw.org/news/2014/07/07/analysis-tunisia-s-draft-counterterrorism-law>>).

⁵⁰ Vgl. Magharebia, 9.5.2014 (La Tunisie réfléchit à une amnistie pour les jihadistes).

⁵¹ Vgl. zur Diskussion und dem Pro und Contra Kapitalis, Tunis, 11.4.2014 (Tunisie: Une loi sur les „repentis“ pour en finir avec le terrorisme).

⁵² Vgl. Kapitalis, Tunis, 4.11.2013 (Tunisie: En pleine crise, le budget de l'état 2014 augmente (+3,2 %)); Magharebia, 6.11.2013 (La Tunisie augmente son budget de défense).

Sicherheitsorgane optimieren helfen, wobei der Bedarf von schusssicheren Westen und Nachtsichtgeräten bis zu neuen Transporthubschraubern⁵³ reicht.

- Die Militärführung versucht seit April 2014 die Aktivitäten der vor allem im Großraum Kasserine (Region Jebel Chaambi) konzentrierten bewaffneten Gruppen durch die **Einrichtung spezieller Militärzonen** zu bekämpfen.⁵⁴ Der Zugang zu den Militärzonen ist nur autorisierten Personen gestattet und die Bewohner der Militärzonen unterliegen besonderen Sicherheitsvorschriften. Die von Innenminister Ben Jeddou im Juni 2014 öffentlich formulierte Überlegung, dass künftig die Armee auch in Städten zur Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden soll, löste eine Kontroverse aus. Gegner des Vorschlags pochten auf die Aufgabentrennung zwischen Armee und Polizei/Gendarmerie Nationale und wiesen auf die fehlende Spezialisierung der Armee hin. Eine konkrete Entscheidung ist noch nicht gefallen.
- Die **Grenzsicherung** ist von großer Bedeutung für Tunesien; insbesondere die Grenze zu Libyen und der algerisch-tunesische Grenzabschnitt auf der Höhe des Jebel Chaambi spielen für den Waffenschmuggel und die grenzüberschreitenden Netzwerkaktivitäten der bewaffneten islamistischen Gruppen sowie die generellen Schmuggelaktivitäten krimineller Banden eine zentrale Rolle. Die Regierung erklärte deshalb bereits im August 2013 die Grenzregion zu Libyen zur geschlossenen Militärzone. Zum Schutz der Grenzen wurden die regulären Kräfte der Grenzpolizei zu Zeiten besonderer Gefährdung durch Armeeinheiten wie zuletzt im Juni 2014 (Grenzregion Ben Guerdane) zusätzlich verstärkt.⁵⁵ An der algerisch-tunesischen Grenze ist darüberhinaus die algerische Armee bereits seit 2012 mit hohem materiellen und personellem Aufwand mit der Grenzsicherung befasst und richtete im Juni 2014 wegen der Verbindungen tunesischer bewaffneter Gruppen zu algerischen, AQIM zugehörigen oder nahestehenden Gruppen 16 neue Überwachungszentren ein. In Tunesien diskutiert der Nationale Sicherheitsrat die Einrichtung eines speziellen Kommandozentrums, in dem alle Sicherheitsorgane vertreten sein sollen, um den Schutz der Landesgrenzen reaktiver und effizienter zu gestalten.⁵⁶
- Der **Ausbau der sicherheitspolitischen Kooperation mit dem Ausland** wurde intensiviert. Angesichts der vielfältigen Aktivitäten gewaltbereiter islamistischer Gruppen in Algerien, Libyen und Tunesien seit 2011 wies der algerische Außenminister Ramtane Lamamra

⁵³ Von Frankreich kaufte Tunesien im April 2014 sechs Caracal-Hubschrauber für 300 Mio. Euro; diese werden zum Transport von Truppen in unwegsames Gelände wie dem Jebel Chaambi benötigt. Staatspräsident Marzouki stellte zudem Anfang August 2014 beim US-Verteidigungsministerium den Antrag auf Lieferung von zwölf Black-Hawk-Hubschraubern.

⁵⁴ Die geschlossenen Militärzonen werden vom Staatspräsidenten auf Vorschlag der Armeeführung per Dekret eingerichtet; das Republikanische Dekret Nr. 2014-70 vom 11.4.2014 bestimmte den Jebel Chaambi und angrenzende Bergregionen wie u.a. Essammama, Salloum, Mghila zur Militärzone; vgl. Journal Officiel de la République Tunisienne (JORT), Nr. 31, 18.4.2014, S. 908-909; am 4.8.2014 wurden die Regionen Sidi Bouzid-Kasserine, Le Kef-Jendouba und der Südosten zu Militärzonen erklärt.

⁵⁵ Vgl. zur Problematik Magharebia, 23.5.2014 (La Tunisie sécurise sa frontière avec la Libye).

⁵⁶ Vgl. Business News, Tunis, 22.3.2014 (Le Conseil national de sécurité); bis August gab es aber noch keine Umsetzung des Beschlusses.

zuletzt Anfang Juni 2014 darauf hin, dass der Terrorismus in Nordafrika und dem Sahel eine massive Sicherheitsbedrohung geworden sei, die die Koordination aller Sicherheitsorgane der betroffenen Staaten erforderlich mache.⁵⁷ Unter Premierminister Jomaa wurde die Kooperation vor allem mit den Regierungen der Nachbarstaaten Libyen und Algerien intensiviert und entsprechende Abkommen geschlossen.⁵⁸ Schwächstes Glied in der Sicherheitskette bleibt dabei Libyen, weil dort die Regierung entscheidungsschwach ist und keine handlungsfähigen nationalen Sicherheitskräfte bestehen, die den Waffenhandel unterbinden und die Aktivitäten der gewaltbereiten islamistischen Gruppen eindämmen.

Flankierende Maßnahmen für nachhaltige Effekte

Die Reden Premierminister Jomaas der Monate Mai, Juni und Juli 2014 vermitteln den Eindruck, dass sich die Regierung wohl bewusst ist, mit einem rein sicherheitspolitischen Ansatz dem islamistischen Gewaltphänomen nicht erfolgreich beikommen zu können.⁵⁹ Die dringend nötigen Parallelmaßnahmen im religiösen, kulturellen, erzieherischen und bildungspolitischen sowie im sozialen Bereich sind bislang aber nur sehr selektiv und rudimentär umgesetzt worden.

Maßnahmen im religiösen Bereich

Im Zentrum der Ankündigungen der Regierung nach Amtsantritt stand die Wiedererlangung der Kontrolle über jene laut Religionsministerium rund 500 Moscheen (von insgesamt 5.000), die seit 2011 staatlicher Kontrolle entglitten waren. Dieser Prozess ist bislang nicht abgeschlossen. Problematisch ist bei der Wiederherstellung der staatlichen Kontrolle, dass zwar radikale Imame wie Lotfi Taimoumi mit unverhohler Sympathien für die jihadistische Bewegung abgesetzt wurden, aber deren staatlich neu eingesetzte Nachfolger oft Ennahda nahestehende Imame, also Imame mit einem gleichfalls islamistischen Weltbild sind. Die Einstellung toleranter, liberaler Imame, wie es sie vor 2011 durchaus gab, sowie die Ausrichtung der Freitagspredigten an dem liberalen Manual für Freitagspredigten, das 2006 unter dem damaligen Religionsminister Boubaker El Akhzouri vom Ministerium herausgegeben wurde,⁶⁰ wird durch den gegenwärtigen Einfluss der Ennahda-Partei auf die Ausgestaltung der staatlichen Religionspolitik verhindert. Der Einfluss von Ennahda zeigt sich auch beim geplanten neuen Moscheengesetz, das Gesetz Nr. 34 von 1988 ablösen soll. Der im Februar 2014 vorgelegte Entwurf hat eine scharfe Kontroverse um den Inhalt ausgelöst, weil die von

⁵⁷ Vgl. Liberté, Algier, 4.6.2014 (Ramtane Lamamra au Forum de la NESA: Le Printemps arabe a renforcé les capacités des groupes terroristes). Auf der in Algier am 3.6.2014 eröffneten Konferenz des Near East South Asia Center for Strategic Studies (NESA) standen diese neuen regionalen Sicherheitsprobleme durch den Aufschwung islamistischer Gruppen im Zentrum.

⁵⁸ Am 22.7.2014 reiste Premierminister Jomaa nach Algerien (Tebessa), wo er sich mit seinem algerischen Amtskollegen Sellal traf; im Mittelpunkt der abgeschlossenen Sicherheitsabkommen stand die Sicherung der algerisch-tunesischen Grenzregion und die Ausarbeitung einer gemeinsamen Antiterrorstrategie; vgl. Magharebia, 23.7.2014 (L'Algérie et la Tunisie signent un accord de sécurité frontalière).

⁵⁹ Vgl. zum Kontext Fikra Forum, 23.7.2014 (Tunisia's security-first policy at a crossroads).

⁶⁰ Vgl. Al-Ma'had al-'ala lil-shari'a: Khutab jum'iya. Dalil marja'i yusta' anas bihi fi i'dad al-khutab al-jum'iya, Tunis: Wizarat al-shu'un al-diniya 2006, 457 Seiten.

Ennahda geforderte „freie Meinungsäußerung für Imame“ (Art. 12) radikalen Positionen die Tür öffnet. Das Gesetz wurde bis August 2014 noch nicht verabschiedet.

Maßnahmen im kulturellen, sozialen und Bildungsbereich

Die Regierung erkennt zwar an, dass Maßnahmen in den Bereichen Soziales, Bildung/Erziehung und Kultur den rein sicherheitspolitischen Ansatz ergänzen müssen, ist aber bislang bei einzelnen Ankündigungen stehen geblieben.

Im **sozialen Bereich** ist wegen der seit 2011 extrem schwierigen Wirtschaftslage und der hohen Protestbereitschaft der Arbeitnehmer, die zu zahlreichen Betriebsschließungen führte, der haushaltspolitische Spielraum für armutsbekämpfende und Arbeitsmarkt fördernde Maßnahmen sehr gering. Die seit 2013 steigenden Budgets für das Verteidigungs- und Innenministerium und die anhaltend hohen Ausgaben für die Subvention von Grundnahrungsmitteln sowie Energie begrenzen den Spielraum für Sozialausgaben zusätzlich; dies gilt auch für diejenigen Mittel, die zur Territorialentwicklung u.a. in den vernachlässigten Landesteilen im Westen und Süden Tunesiens zur Verfügung stehen. Der Ansatz, über eine erfolgreiche Sozialpolitik die Unzufriedenheit vor allem der jungen Bevölkerung zu bekämpfen und damit auch die Attraktivität der bewaffneten islamistischen Gruppen zu unterminieren, scheiterte damit de facto an den fehlenden Haushaltssmitteln.

Im **Bildungsbereich** dominieren gegenwärtig eher Fragen des Schulaufbaus und der Organisation des Abiturs als Fragen über Lehrinhalte und pädagogische Aspekte. Am 16.8.2014 betonte Erziehungsminister Fethi Jarray und der für Lehrinhalte zuständige Abteilungsleiter beim Ministerium für Erziehung, Hechmi Ardhaoui, dass es keine Tabus gebe und sowohl Fragen der Schulausstattung, der Lehrinhalt, Lehrprogramme und Lehrmaterialien sowie der Pädagogik zur Diskussion stünden. Diese Ankündigung zeigt, dass die Regierung noch längst keine konkreten Beschlüsse gefasst hat.⁶¹

Auch im **kulturellen Bereich** manifestierte sich die Regierung Jomaa bzw. der zuständige Kulturminister wenig, um auf breiterer gesellschaftlicher Ebene kulturellen Pluralismus zu fördern. Es wurden allerdings einige Künstlervereinigungen und Kulturprogramme gefördert, so dass verschiedene – auch internationale – Musikfestivals u.a. in Tunis-Carthage, Monastir, Hammamet oder El-Jem durchgeführt werden konnten. Diese Veranstaltungen sollten für kulturellen Pluralismus und Offenheit werben; ihre Veranstalter wollten explizit einen Beitrag für Frieden, religiöse Toleranz und ein harmonisches Miteinander leisten.⁶² Tunesische Künstler führten zudem nach dem verlustreichen Anschlag bewaffneter Gruppen auf Soldaten im Jebel Chaambi am 16.7.2014 umgehend Solidaritätsveranstaltungen durch und erteilten dem Terrorismus eine Absage.⁶³

⁶¹ Vgl. La Presse de Tunisie, 17.8.2014 (Réforme éducative – Quelle école pour demain?).

⁶² Vgl. Magharebia, 21.7.2014 (La Tunisie promeut la paix à travers la musique).

⁶³ Vgl. Magharebia, 23.7.2013 (La Tunisie défie les terroristes à travers la musique).

5. Chancen zur Eindämmung islamistischer Gewalt in Tunesien

Es gibt zur Zeit in Tunesien keine breite, geeinte Front von Regierung, staatlichen Institutionen, politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die aktiv gestützt durch eine Massenbewegung der Bevölkerung ein klares Signal gegen Gewalt, Intoleranz und die Instrumentalisierung der Religion zu politischen Zwecken setzt. Massenproteste, die entsprechende Maßnahmen und die Kontrolle ihrer Durchsetzung von der Regierung einfordern, finden nicht statt. Im Gegenteil, mit Blick auf die im Oktober 2014 anstehenden Legislativwahlen und die im November folgenden Präsidentschaftswahlen kommt es zu machtpolitischen Rivalitäten im nichtislamistischen Parteienspektrum, das immer weiter aufsplittert.

Eine ähnliche Entwicklung des Gegeneinander und Auseinanderdriftens ist auf gesellschaftlicher Ebene zu beobachten. Zum einen vertieft sich seit 2011 die politische, soziokulturelle und religiöse Bipolarisierung zwischen den Islamisten und einem breiten Spektrum an Gegnern einer islamistischen Weltsicht und einer islamistischen Religionsinterpretation. Zum anderen treiben partikulare, gruppenspezifische Anliegen eine Atomisierung der tunesischen Gesellschaft voran.

Es gibt keinen Politiker und keine Partei, die eine mobilisierungskräftige, überparteiliche, säkulare Zukunftsperspektive für das Land Tunesien und die Gesamtheit seiner Bürger anbietet. Mangels einer solchen Zukunftsvision fehlt das verbindende Element für die einzelnen Staatsbürger, um sich verantwortungsvoll und konstruktiv in die staatliche Ordnung einzubinden und an ihr mitzuarbeiten. Das Prinzip „Jeder gegen Jeden“ bricht sich statt dessen Bahn.

Diese Sachlage erschwert es, eine kohärente, auf breite Unterstützung stoßende Strategie gegen Terrorismus und Gewalt zu entwickeln und umzusetzen, die nicht nur reaktiv, sondern auch präventiv konzipiert ist. Eine nachhaltige Strategie gegen islamistische Gewalt wird vor allem durch den seit 2011 deutlich gestiegenen politischen und gesellschaftlichen Einfluss der islamistischen Bewegung in Tunesien verhindert. Folgende Dispositionen und Entwicklungen sind besonders hervorzuheben:

Hindernisse für eine nachhaltige Strategie gegen islamistische Gewalt

Das verbreitete positive Verhältnis zur Gewalt als Instrument zur Bekämpfung von „Gottlosigkeit“ oder zur Durchsetzung „der gerechten Sache“ **bei islamistischen Gruppen**. Die gut organisierten und strukturierten islamistischen Vereinigungen und Parteien, die seit 2012 ihren Einfluss in den staatlichen Institutionen und der Verwaltung, den Moscheen und den Medien Tunesiens verankern konnten, basieren auf einer dichotomischen Weltsicht, die über und durch eine Abgrenzung von diversen „Feinden“, „Gegnern“, „Erlaubtem“, „Unerlaubtem“ lebt. Das Verhältnis zu Druck und Zwang, direkt und indirekt ausgeübt, ist bei vielen Anhängern

islamistischer Lehren ambivalent. Je nach Erfolgsaussicht einer gewaltfreien oder Gewaltstrategie, um den eigenen Zielen näher zu kommen, wird situationsabhängig entschieden. Grundsätzlich abgelehnt wird Gewalt in der Regel nicht.

Die Komplizität mit bewaffneten islamistischen Gruppen wird durch die ideologische Nähe begünstigt. Aufrufe zur Gewalt, die Unterstützung von bewaffneten Gruppen und selbst einzelne terroristische Akte werden aufgrund der ideologischen Nähe auch von Personen und Gruppen, die selbst zur Zeit für den „legalen Weg an die Macht“ eintreten, relativ milde beurteilt bzw. nicht verurteilt.

Terroristische Gruppen profitieren von legalen Akteuren in Staat und Gesellschaft, die ein ähnliches Staats- und Gesellschaftskonzept anstreben. Die islamistischen Parteien und islamistischen Vereinigungen sowie zahlreiche Prediger in Tunesien werben weiterhin für den bewaffneten Kampf (in Syrien oder Gaza) und fordern wie die Islamische Befreiungspartei das Kalifat.

Der Einfluss islamistischer Parteien und ihrer Unterstützer ist seit 2012 **in den staatlichen Institutionen** systematisch gewachsen. Die Schwäche der liberal, säkular gesinnten Mitglieder der „Technokratenregierung“ von Premierminister Jomaa wird von islamistischen Parteien, insbesondere von Ennahda ausgenutzt. Im Widerspruch zu Artikel 6 der neuen tunesischen Verfassung nutzt Ennahda extensiv die Moscheen zu politischen Zwecken.

Die Parteilichkeit einiger Richter scheint gegeben zu sein. Ein Indikator hierfür ist die strafrechtliche Verfolgung von Mitgliedern oder Unterstützern terroristischer Gruppen oder Personen, die zu Gewalt aufrufen. Es kam für viele Beobachter zu nicht nachvollziehbaren Freisprüchen in zweiter Instanz oder zu Freilassungen „mangels Beweisen“ und zu zahlreichen Vertagungen von Gerichtsverfahren, wie u.a. das Verfahren gegen die des Anschlags auf die US-Botschaft und Schule im September 2012 Angeklagten.

Die Komplizität einiger Radio- und Fernsehsender begünstigt zudem die Verbreitung von Botschaften islamistischer Gewaltapologeten. Die Ausstrahlung erfolgt mit dem Hinweis auf das Recht auf Information und die Medienfreiheit.⁶⁴

Perspektiven

Für den Fortgang der Bekämpfung terroristischer Gewalt in Tunesien und den Umgang generell mit islamistischer Gewalt, Gewaltaufrufen und den Feindbildkonstruktionen, mit denen argumentativ und hoch emotional oft direkt oder indirekt zu Gewalt oder „Gegenmaßnahmen“ aufgerufen wird, ist der Ausgang der Legislativwahlen am 26. Oktober 2014 entscheidend.

⁶⁴ Vgl. Businessnews, Tunis, 16.8.2014 (Le syndicat des radios libres soutient la présence dites terroristes dans les médias). Vgl. auch die Kritik des Centre de Tunis de la Liberté de la Presse (CTLP) an dem Regierungsbeschluss, einige zum Jihad aufrufende Sender zu schließen (Direct Info, Tunis, 16.8.2014: Le CTLP demande au gouvernement de reconsidérer la fermeture de médias).

Wenn die islamistischen Parteien, allen voran Ennahda als stärkste islamistische Organisation, gut oder sehr gut abschneiden und entweder alleine die Regierung stellen oder – was wahrscheinlicher ist – eine Koalitionsregierung bilden, dann wird es auch zukünftig keine klare und nachhaltige Antiterrorismusstrategie geben. Eine präventive Anti-Gewalt-Komponente, die bei der religiösen Interpretation ansetzt, ist dann erst recht auszuschließen.

Chronologie (1. Januar 2011 – 31. Juli 2014)

Ausgewählte Daten zur politischen Entwicklung, islamistischen Gewalt und zu Maßnahmen des tunesischen Staates gegen bewaffnete Gruppen

2011

- 01.01. ff. Nach der Selbstverbrennung eines jungen Arbeitslosen am 17.12.2010 in Sidi Bouzid, einer Stadt in einer der ärmsten Regionen Tunesiens, kam es zu Protesten gegen die Regierung, die im Januar 2011 eine nationale Dimension erreichten
 - 14.01. Staatspräsident Ben Ali verlässt nach den anhaltenden Protesten großer Teile der Bevölkerung Tunesien; Beginn der politischen Transformationsperiode; Verhängung des Notstandes (bis März 2014)
 - 19.01. Freilassung von über 1.800 politischen Gefangenen, mehrheitlich Mitglieder der bislang verbotenen islamistischen Partei Ennahda
 - 30.01. Rückkehr von Ennahda-Präsident Rachid Ghannouchi aus dem Exil in Großbritannien; großer Empfang am Flughafen von Tunis
 - 01.03. Legalisierung der islamistischen Ennahda-Partei
 - 18.05. Bewaffnete Auseinandersetzungen in Rouhia (Gouvernorat Siliana) zwischen Islamisten und Sicherheitskräften (drei Tote)
 - 19.08. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen nicht näher identifizierter Gruppe und tunesischem Militär in der Nähe des südtunesischen Douz
 - 21.09. Tunesische Armee zerstört in Südtunesien nahe der algerischen Grenze einen Konvoi von Waffenschmugglern mit neun PKW
 - 24.09. Neues Parteiengesetz erlaubt die Gründung von Parteien auf religiöser Basis
 - 14.10. Islamisten führen Demonstration gegen den Fernsehsender Nessma TV an wegen der Ausstrahlung des Zeichentrickfilms „Persepolis“, der von ihnen als „blasphemisch“ eingestuft wird; Angriff auf das Haus des Eigentümers von Nessma TV
 - 23.10. Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung; Wahlbeteiligung: 54,1 %; die islamistische Ennahda-Partei erhält 36 % der abgegebenen gültigen Stimmen und wird stärkste Partei in der Verfassunggebenden Versammlung (89 Sitze von 217/43 % der Sitze)
 - 28.11. Salafistische Studenten protestieren an der Universität La Manouba (bei Tunis) gegen den Beschluss, Studentinnen mit Vollschleier (Niqab) von Prüfungen auszuschließen
 - 14.12. Ennahda-Führungsmitglied Hamadi Jebali wird von der Verfassunggebenden Versammlung zum Premierminister gewählt; Amtsantritt 24.12.2011 (-> 13.03.2013)
-

2012

- 01.02. Bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Sicherheitskräften und islamistischer Zelle in Bir Ali Ben Khalifa (Gouvernorat Sfax); 15 Festnahmen
- 05.02. Aushebung einer Zelle der Islamistischen Befreiungspartei (keine Ortsangabe durch Innenministerium)
- 13.02. Aushebung einer Al-Qaida nahestehenden Gruppe (ohne Ortsangabe durch das Innenministerium); Verhaftung von 12 Mitgliedern der Gruppe
- 07.03. Bewaffnete Salafisten besetzen kurzfristig die Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität La Manouba (Tunis) und hissen die schwarze salafistische Flagge
- 29.03. Zulassung der ersten explizit „salafistischen“ Partei, der Jabhat al-Islah (Reformpartei)
- 11./12.06. Proteste von Salafisten gegen eine von ihnen als „unislamisch“ deklarierte Kunstausstellung in La Marsa (bei Tunis); Zerstörung einiger Exponate
- 12.06. Übergriff von Salafisten auf eine Station der Nationalgarde in Douar Hicher (Großraum Tunis)
- 17.07. Zulassung der Islamischen Befreiungspartei (Hizb al-Tahrir), die die bestehende republikanische politische Ordnung ablehnt und das Kalifat fordert
- 14.09. Stürmung des Geländes der US-Botschaft in Tunis; Verwüstung der benachbarten US-amerikanischen Schule; verantwortlich: islamistische Gruppe Ansar al-Scharia
- 18.10. Der (linke) Oppositionspolitiker Lotfi Naguedh stirbt nach Auseinandersetzung mit Mitgliedern der Ligen zum Schutz der Revolution an einem Herzinfarkt; die tunesische Presse spricht vom „ersten politischen Mord“ in Tunesien seit dem Machtwechsel 2011
- 30.10. Angriff militanter Islamisten auf die Polizeistationen von Douar Hicher und der Cité Khalid Ibn al-Walid (Gouvernorat Manouba); zwei Tote
- 04.12. Übergriffe von Mitgliedern der Ligen zum Schutz der Revolution auf Büros des Gewerkschaftsverbandes UGTT
- 06.12. Aushebung einer Al-Qaida-nahen Gruppe in Fernana (Gouvernorat Jendouba)
- 07.12. Staatspräsident Marzouki äußert sich besorgt über die Aktivitäten tunesischer Jihadisten in Mali und Syrien
- 10.12. Im Grenzgebiet von Bouchebka (westlich von Kasserine) Schusswechsel der Sicherheitsorgane mit der sog. Brigade Ukba Ibn Nafi, die sich zu Al-Qaida im Islamischen Maghreb bekennt; 16 bewaffnete Islamisten werden verhaftet, ein Polizist kommt ums Leben
- 29.12. Verhaftung des Unternehmers Fathi Dammak; Vorwurf: Verwicklung in Entführungen und Finanzierung der (bewaffneten) Ligen zum Schutz der Revolution; am 3.7.2014 zu 2 Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt
- Ende 2012 Jebel-Chaambi-Region (Gouvernorat Kasserine; Grenzgebiet zu Algerien) wird Rückzugsgebiet für gewaltbereite Gruppen

2013

- 17.01. Aushebung einer bewaffneten Gruppe in Medenine durch die Anti-Terror-Brigade; umfangreiche Waffenfunde
- 20.01. Nach Meldung der Zeitung Kapitalis: Treffen von Abou Iyadh, des Führers der

	salafistischen Ansar al-Scharia, mit anderen Islamisten in der Region um den Jebel Bou Kornine (20 km südlich Tunis, nahe Hammam Lif); Beschluss zur Ermordung von Chokri Belaid (->06.02.2013)
06.02.	Mord an dem linken Oppositionspolitiker Chokri Belaid (->28.08.2013); Proteste der Bevölkerung gegen die islamistisch dominierte Regierung und ihr mangelndes Vorgehen gegen Gewaltakteure; Forderung nach einer parteipolitisch unabhängigen Regierung
Februar	Trainings- und Waffenlager gewaltbereiter Gruppen mit Verbindung zu Al-Qaida im Islamischen Maghreb in der Jebel-Chaambi-Region entdeckt
22.02.	Bisheriger Innenminister, Ali Laarayedh (Ennahda-Partei), wird neuer Premierminister (->29.01.2014); den Forderungen aus der Bevölkerung nach einer parteipolitisch unabhängigen Regierung wird nicht nachgegeben
01.05.	Jebel Chaambi wird von Regierung zur „geschlossenen Militärzone“ erklärt
16.05.	Aushebung einer bewaffneten Gruppe in Haffouz (bei Kairouan)
19.05.	Nach Verbot zur Veranstaltung ihres Kongresses in Kairouan demonstrieren Salafisten besonders in Cité Ettadhamen (Großraum Tunis) gegen diesen Beschluss des Innenministeriums; gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei
06.06.	Zwei Soldaten durch Landmine in Doghra (Jebel Chaambi) getötet
09.06.	Polizei verhaftet in Nabeul drei Salafisten, die den Imam der Moschee al-Fatih angegriffen haben
03.07.	Entmachtung des ägyptischen islamistischen Präsidenten Mursi (Mitglied der Muslimbruderschaft) durch die ägyptische Militärführung; in Tunesien wird diese Entwicklung von allen politischen Orientierungen genau verfolgt
25.07.	Mord an dem linken Oppositionspolitiker Mohamed Brahmi (->28.08.); hohe Mobilisierung der nichtislamistisch orientierten Zivilgesellschaft gegen die Ennahda-dominierte Regierung; wiederholte Forderung nach Regierungsrücktritt und einer parteipolitisch neutralen Regierung und dezidierten Maßnahmen gegen Gewalt (->29.01.2014)
27./31.07.	Bombenanschläge auf Fahrzeuge der Nationalgarde in La Goulette (bei Tunis) und Mohammedia (Gouvernorat Ben Arous)
29.07.	Neun tunesische Soldaten bei einem Hinterhalt bewaffneter Gruppen in der Jebel-Chaambi-Region getötet
04.08.	Sicherheitsorgane stürmen ein Haus in Ouardia (Großraum Tunis); Aushebung einer bewaffneten islamistischen Gruppe (ein Toter, sechs Verhaftungen)
08.08.	Vier bewaffnete Islamisten bei Militäraktion in der Nähe Kasserine getötet
13.08.	Angriff bewaffneter Islamisten auf tunesischen Grenzposten Om Ladhfa bei Hidra (Grenze zu Algerien)
27.08.	Premierminister Laarayedh stuft offiziell die tunesische Ansar al-Scharia als terroristische Gruppe ein
28.08.	Innenminister Ben Jeddou erklärt, Ansar al-Scharia kooperiere mit Al-Qaida im Islamischen Maghreb und sei in die Ermordung der Oppositionspolitiker Belaid (06.02.2013) und Brahmi (25.07.2013) involviert
09.09.	Operation der Nationalgarde gegen islamistische Gruppe in Borj Chakir; zwei Tote,

	mehrere Festnahmen
29.09.	Sicherheitskräfte verhaften 21 Salafisten in der Cité Ennasr (Gouvernorat La Manouba); Waffenfunde
Oktober	Verstärkung der Sicherheitsorgane in Südtunesien (Dreieck al-Matrouha, Ras Jedir, Borj al-Khadra) wegen zunehmender Präsenz bewaffneter Islamisten und Waffenschmuggel
02.10.	Operation der Sicherheitskräfte gegen bewaffnete Gruppe im Jebel Ouergha
16.10.	Angriff bewaffneter Islamisten auf den tunesischen Grenzposten Faj Hassine sowie den Grenzposten El-Mella an der Grenze zu Algerien
17.10.	Islamistische Gruppe tötet zwei Polizisten in Goubellat (Gouvernorat Béja)
19.10.	Salafistische Gruppen greifen Polizeistation in der Altstadt von Tunis und in Sidi Alouane (Gouvernorat Mahdia) an
18./19.10.	Offensive gegen bewaffnete Gruppen; gemeinsame Operation von Armee, Nationalgarde und Anti-Terror-Brigaden in Goubellat (Gouvernorat Béja); zwei Nationalgardisten sowie neun Mitglieder bewaffneter Gruppen werden getötet
23.10.	Angriff bewaffneter Gruppen auf Nationalgarde in Sidi Ali Ben Aoun (Gouvernorat Sidi Bouzid); sechs Nationalgardisten, ein Polizist und zwei Angreifer werden getötet; 19 Folgeverhaftungen am 02.11.
30.10.	Missglücktes Selbstmordattentat vor Hotelkomplex Riadh Palm in Sousse; Attentäter kommt durch Bombe selbst ums Leben; Anschlag auf das Mausoleum des ersten Präsidenten des unabhängigen Tunesien, Habib Bourguiba, in Monastir schlägt fehl
11.11.	Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Salafisten bei Kebili (Südtunesien); ein Toter, Verletzte
Ende Nov.	Laut Innenministerium wurden drei „terroristische Zellen“ in Südtunesien (Zarzis, Insel Jerba, Ben Guardane) aufgedeckt und 20 Personen, darunter libysche Staatsangehörige, verhaftet
02.12.	Ein Soldat durch Landmine in Jebel-Chaambi-Region getötet
2014	
26.01.	Verfassunggebende Versammlung verabschiedet die neue tunesische Verfassung
29.01.	Neue parteiunabhängige Regierung unter Premierminister Mehdi Jomaa tritt Amt an
15.02.	Das tunesische Innenministerium erklärt, Ziel von Ansar al-Scharia sei die Gründung von lokalen Emiraten in Süd-, Zentral- und Westtunesien
16.02.	Nach dem Vorbild der in den 1990er Jahren in Algerien aktiven Bewaffneten Islamischen Gruppen (GIA) errichtete erstmals in Tunesien eine islamistische Gruppe bei Jendouba eine falsche Straßensperre; vier Sicherheitsbeamte werden getötet; es kommt daraufhin am 17.02. zu zahlreichen Protesten der Bevölkerung gegen Islamisten
24.02.	Verhaftung von elf bewaffneten Islamisten („Terroristen“) in Jendouba/Kasserine bekannt gegeben
März	März und Folgemonate: Es kommt immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitsorganen und Salafisten aus Anlass von Verhaftungen oder Amtsenthebungen von Imamen, die radikale Thesen propagieren bzw. zu Gewalt

-
- aufrufen oder für den bewaffneten Kampf (Jihad) in Syrien werben
- 01.03. Mehrere Hundert Salafisten demonstrieren in Sidi Bouzid und fordern die Freilassung des aus Sidi Bouzid stammenden salafistischen Imams Khalifa Karaoui, der in Touzeur (Südtunesien) wegen Verwicklung in einen Angriff auf Polizisten Ende Februar verhaftet worden war
- 02.03. Britische Regierung stuft u.a. Ansar al-Scharia/Tunesien als „terroristische Organisation ein“
- 05.03. Staatspräsident Marzouki gibt die Aufhebung des Notstandes bekannt
- 11.03. Premierminister Jomaa ernennt Mohammed Lassad Dorbaz zu seinem Sicherheitsberater; dieser Posten wurde neu geschaffen
- 14.03. Aushebung einer bewaffneten islamistischen Gruppe in Menzel Nour (Gouvernorat Monastir); 11 Personen verhaftet
- 15.03. Verhaftung von Slim Kantari, Ansar al-Scharia Führer in Gabès
- 17.03. Aushebung einer bewaffneten islamistischen Gruppe in Jendouba (drei Tote, sechs Verhaftungen)
- 18.03. Premierminister Jomaa unterstützt saudi-arabische Position, dass die Muslimbruderschaft eine terroristische Organisation sei; Ex-Justizminister Dilou (Ennahda) widerspricht dem vehement
- 19.03. Schießerei zwischen Islamisten und Sicherheitskräften in Sakiet Sidi Youssef (Grenzgebiet zu Algerien)
- 28.03. Salafisten greifen eine Polizeistation in Kairouan an; Protestaktion gegen einen vom Religionsminister neu ernannten Imam
- 29.03. Premierminister Mehdi Jomaa erklärt die neue Antiterrorismusstrategie der Regierung; Maßnahmen gegen bewaffnete Gruppen sollen intensiviert werden
- 02.04. Polizei verhaftet vier gesuchte Islamisten in Menzel Jemil (Gouvernorat Bizerte)
- 06.04. Aushebung einer bewaffneten Zelle der Ansar al-Scharia in Sfax (sog. Al-Khattab-Brigade), die Anschläge geplant haben soll; acht Festnahmen
- 07.04. Der für Sicherheitsfragen zuständige Staatssekretär im Innenministerium Ridha Sfar bestätigt „Sondermaßnahmen“, um aus Syrien zurückkehrende tunesische Jihadisten in die Gesellschaft zu reintegrieren
- 08.04. Festnahmen von 40 Jihadisten in Rouhia (Gouvernorat Siliana); Feuergefecht vor der al-Muhajirun-Moschee
- 09.04. ff. Verstärkte Operationen der Sicherheitsorgane in der Jebel-Chaambi-Region
- 09.04. Angriff bewaffneter Salafisten (Ansar al-Scharia-Mitglieder) auf Polizeistation von Rouhia (Gouvernorat Siliana) nach der Verhaftung von 40 Salafisten am 08.04.
- 10.04. Auseinandersetzung zwischen Salafisten und Polizei im Gouvernorat Siliana
- 11.04. Polizei setzt Tränengas gegen demonstrierende Islamisten ein, die die Freilassung der am 08.04. in Rouhia verhafteten Personen fordern
- 11.04. Staatspräsident Marzouki erklärt per Erlass die Region Jebel Chaambi sowie die Region um Sammama, Salloum und Meghila „bis auf weiteres“ zur „geschlossenen Militärzone (kein Zugang für Zivilisten; Reisen in das Gebiet sind erlaubnispflichtig)
- 14.04. Minenexplosion am Jebel Chaambi; acht Militärangehörige und ein Zivilist verletzt
- 14.04. Runderlass der Regierung zu den Vereinigungen zur Verbreitung des Koran
-

	(Associations Coraniques), die seit 2011 ohne Genehmigung entstanden; sie sollen vom Religionsministerium und Innenministerium kontrolliert werden
16.04.	Weitere Gebiete in der Region Jebel Chaambi werden zur gesperrten Militärzone erklärt
18.04.	Ein Soldat durch explodierende Mine in Jebel-Chaambi-Region getötet; ab 22.04. heftige Kämpfe
22.04. ff.	Beginn einer Großoffensive der Sicherheitskräfte in der Region Jebel Chaambi und Verstärkung der Truppen an der Grenze zu Libyen, über die angeblich kampferprobte Jihadisten aus Syrien (via Türkei, Libyen) nach Tunesien eindringen (keine Zahlen genannt)
21.04.	Tagung des Nationalen Sicherheitsrates (Conseil National de Sécurité); Premierminister Jomaa berichtet über die Sicherheitslage; demnach habe Armee die Lage unter Kontrolle; der Rat beschließt, ein Amnestiegesetz in die Wege zu leiten (->06.05.2014)
23.04.	Minenexplosion im Jebel Chaambi; zwei Soldaten getötet, vier verletzt
24.04.	Die Nationalgarde hebt in Souk Jemaa bei Jendouba ein Trainingslager von Jihadisten aus
25.4.	Innenminister Ben Jeddou gibt Vereitelung mehrerer Anschläge und Verhaftungen bekannt
28.04.	Unterschiedlichen Quellen zufolge sind neun bzw. 15 gewaltbereite Islamisten in Douar Hicher, Cité Ettadhamen und der Ennour-Moschee in der Cité Khalid Ibn al-Walid (Großraum Tunis) verhaftet worden
29.04.	Großoffensive der Armee in der Jebel-Chaambi-Region gegen bewaffnete Gruppen
01.05.	Houcine Abassi, Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes UGTT, wirft der Regierung vor, den im Nationalen Dialog vereinbarten „Fahrplan“ nicht vollständig erfüllt zu haben in Bezug u.a. auf die Neutralisierung (Entpolitisierung) der Moscheen
02.05.	Islamisten töten in Ben Guerdane (tunesisch-libysche Grenze) einen Krankenpfleger
02.05.	Nach einer Medienmeldung (Tageszeitung Achourouk) sind nur 70 % der Region Jebel Chaambi unter Kontrolle der Sicherheitskräfte
05.05.	Tunesische Medien melden die Zerschlagung von vier „terroristischen Zellen“; 37 Festnahmen; in der Region Kasserine wurden Unterstützer bewaffneter Gruppen verhaftet
06.05.	Verhaftung von zwei Islamisten in Menzel Abderrahman (Gouvernorat Bizerte) wegen Waffenbesitz und Aufruf zum bewaffneten Kampf
06.05.	Staatspräsident Marzouki besucht in Begleitung des Verteidigungsministers die Region Jebel Chaambi; er appelliert an die bewaffneten Gruppen, die Waffen niederzulegen und verkündet, dass die Tür der Versöhnung all jenen offen stünde (d.h. mit Amnestie rechnen könnten), die kein Blut an Händen hätten (->21.04.2014)
08.05.	Angehörige tunesischer Kämpfer in Syrien werfen der Regierung vor, dass angeblich immer noch fünf Ennahda-Mitglieder „das Sagen“ im Religionsministerium hätten und in den Moscheen ihnen nahestehende Prediger einsetzen würden, die nicht gegen den Jihad (in Syrien) predigen (->14.05.)
10.05.	Innenminister Ben Jeddou erklärt in einem TV-Interview (Sender Al-Arabiya), die Zahl der Terroristen in der Region Kasserine, Jendouba, Le Kef würde „40 nicht

	„übersteigen“; die Armee kontrolliere die Region
10.05.	Die Medien berichten über Festnahmen von Führern religiöser Vereinigungen, die verdächtigt werden, Gelder für die Unterstützung terroristischer Aktivitäten gesammelt zu haben; nach Meldungen vom 19.05. werden 157 religiöse Vereinigungen verdächtigt, in Geldwäsche und Unterstützung von Terroristen verwickelt zu sein
10.05.	Sechs Salafisten werden vom Amtsgericht Tunis zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wegen Brandanschlag auf das Mausoleum Saida Manoubia in La Manouba/Tunis am 16.10.2013
12.05.	Innenminister Ben Jeddou erklärt in einem Interview, die Terroristen im Gebiet Jebel Chaambi seien gut ausgerüstet (Nachtsichtgeräte, Internet) und fähig, die Bewegungen der Armee zu beobachten
12.05.	Tunesische Grenzpolizei verhaftet mehrere tunesische Jihadisten, die über Libyen nach Syrien ausreisen wollten; Sicherheitsaufgebot an tunesisch-libyscher Grenze verstärkt
13.05.	Innenminister Ben Jeddou erklärt in TV-Interview, 266 tunesische Jihadisten seien aus Syrien zurückgekehrt; sechs Schleuserzellen seien bislang aufgedeckt worden; es soll eine Datenbank eingerichtet werden, um die Personen zu erfassen; ein neues Antiterrorismusgesetz und Amnestieregelungen seien in Planung
14.05.	Nach Angaben des Generalsekretärs der Gewerkschaft der Imame, Achour, sind noch 1.100 „extremistische Imame“ in Moscheen aktiv, die u.a. Werbung für den Jihad in Syrien machen
14.05.	Bei einer Minenexplosion im Gebiet Jebel Chaambi wird ein Soldat schwer verletzt
15.05.	Premierminister Jomaa gibt die Gründung einer „pluridisziplinären“ Instanz zum Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität noch vor Jahresende 2014 bekannt
20.05.	Medien berichten über intensive Bombardierungen der Armee im Jebel Chaambi (noch am 06.05. vermittelte Staatspräsident Marzouki während seines Jebel-Chaambi-Besuchs den Eindruck, das Gebiet berge keine großen Gefahren mehr durch bewaffnete Gruppen)
21.05.	Spezialeinheiten der Nationalgarde nehmen acht vermeintliche Terroristen fest; sie sollen in Libyen kampftechnisch ausgebildet worden sein
23.05.	Innenministerium gibt 19 in terroristische Akte verwickelte Personen in die Fahndung und bittet die Bevölkerung um Mithilfe
23.05.	Minenexplosion in der geschlossenen Militärzone Jebel Chaambi kostet zwei Soldaten das Leben; vier weitere werden schwer verletzt
24.05.	Ridha Sfar, beigeordneter Minister beim Innenministerium für Sicherheit, betont gegenüber den Medien, dass die terroristische Bedrohung noch lange Zeit anhalten werde und eine Bekämpfungsstrategie nötig sei, die nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische, soziale, wirtschaftliche und ideologische Dimension habe
25.05.	Innenminister Ben Jeddou gibt bekannt, die von Sicherheitskräften in Ben Guerdane (Grenzgebiet zu Libyen) verhafteten Personen hätten Anschläge auf touristische und industrielle Ziele geplant
26.05.	Gericht erster Instanz in Tunis ordnet die Auflösung der Nationalen Liga zum Schutz der Revolution und aller ihrer Zweigstellen sowie die Einziehung ihres Besitzes an
27.05.	Tunesien und Algerien vereinbaren Koordinierungsmaßnahmen bei der

	Grenzsicherung
27.05.	Bewaffnete Gruppe greift Wohnhaus von Innenminister Ben Jeddou in Kasserine (Cité Ezzouhour) an; vier Sicherheitskräfte, die zur Bewachung abgestellt waren, werden getötet; AQIM bekennt sich am 13.06. erstmals öffentlich zu einem Anschlag
28.05.	Regierung beginnt Debatte zum neuen Anti-Terrorismusgesetz
28.05.	Verhaftung des salafistischen Predigers Sami Jendoubi in Nabeul, der öffentlich zum „Jihad“ (gegen die Regierung) aufrief
30.05.-01.06.	Kämpfe zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen in Gemeinde Fernana (Gouvernorat Jendouba)
Anfang Juni	Fortsetzung der Operationen gegen bewaffnete Gruppen im Gouvernorat Jendouba (Gebirgsregion Eddeboua)
01.06.	Ex-Premierminister Laarayedh (Ennahda) erklärt öffentlich, dass er nach dem Angriff der Ansar al-Scharia am 14.09.2012 in Tunis auf die US-amerikanische Botschaft und die benachbarte amerikanische Schule die Entscheidung traf, den Ansar-al-Scharia-Führer Abou Iyadh flüchten zu lassen, „um ein Blutbad zu verhindern“
02./03.06.	14 Ansar-al-Scharia-Mitglieder in Gafsa verhaftet (Zelle „Abou Bakr Seddik“)
05.06.	Amtsgericht Tunis verurteilt drei Schleuser von 100 Tunesiern zum bewaffneten Kampf nach Syrien zu sechs bis zehn Jahren Gefängnis
05.06.	Anhörung von Innenminister Ben Jeddou vor der Verfassunggebenden Versammlung zur Rückkehr tunesischer Jihadisten aus Syrien (462 Tunesier seien zurückgekehrt; Hunderte im Kampf in Syrien getötet worden; 8.750 Personen seien an der Ausreise nach Syrien gehindert worden)
12.06. ff.	Operationen der Sicherheitskräfte im Gouvernorat Jendouba (Jebel Chaambi) gegen bewaffnete Gruppen (zwei Tote) werden fortgesetzt; Armee durchkämmt Region um Jebel Salloum; Bombardierung der Region am 17.06., 26.06.
13.06.	AQIM übernimmt Verantwortung für den Anschlag auf das Haus von Innenminister Ben Jeddou in Kasserine am 27.05.; dies ist der erste Anschlag in Tunesien, zu dem sich AQIM bekennt
16.06.	Gründung des Nationalen Observatoriums zum Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität (Observatoire National pour la lutte contre le terrorisme et le crime organisé), ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Vereinigungen; Präsident Hatem Yahiaoui
18.06.	Freispruch für den Generalsekretär der islamistischen Vereinigung Al-Khair Al-Islami, der am 13.05. wegen Verdachts auf Unterstützung/Finanzierung terroristischer Aktivitäten angeklagt worden war
22.06.	Islamistische Hizb al-Tahrir (Befreiungspartei) hält Konferenz zum Kalifat ab; zivilgesellschaftliche Vereinigungen reichen Klage ein und verlangen Verbot der nicht auf der Verfassung stehenden Partei
22.06.	Premierminister Jomaa meint gegenüber der Presse, das tunesische Sicherheitsproblem habe seine Wurzeln im Chaos in Libyen
23.06.	Waffenfunde in Moschee von El-Fahs
23.06.	Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Jihadisten am Jebel Salloum (Kasserine)

-
- 23.06. Innenminister Ben Jeddou wird vor der Verfassunggebenden Versammlung zur Sicherheitslage befragt; er gibt bekannt, dass von 01.01. bis 31.05.2014 circa ein Dutzend terroristische Anschläge verhindert worden seien; 678 „terroristische Vergehen“ seien registriert worden, 945 Personen seien der Justiz überstellt worden; darüber hinaus seien 61.487 Kriminelle festgenommen worden
- 24.06. Nach Meldungen der tunesischen Presse ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die islamistische Befreiungspartei wegen deren öffentlicher Ablehnung der Verfassung, des zivilen Staates und Wahlen und der Propagierung des Kalifats und der Scharia
- 27.06. Diskussion des neuen Antiterrorismusgesetzes in Verfassunggebender Versammlung kommt nicht voran; Kommission, die seit einem Monat mit der Vorbereitung des Gesetzentwurfs beauftragt ist, einigt sich nicht über die Definition von Terrorismus
- 30.06. Regierung plant Gründung eines neuen Hochschulinstituts zur Ausbildung von Imamen und Predigern in Kairouan unter Aufsicht des Religionsministeriums und des Ministeriums für höheres Bildungswesen
- 01.07. Sieben Sicherheitskräfte beim Durchkämmen der Bergregion um Fernana/Ain Draham (Gouvernorat Jendouba) durch Minenexplosion getötet; weitere vier Tote am 02.07. bei Le Kef (Jebel Ouergha)
- 01.07. Der Prozess gegen 20 Personen, die wegen des Angriffs auf die US-Botschaft (September 2012) vor Gericht stehen, wird zum vierten Mal vertagt (auf 04.11.)
- 02.07. Bevölkerung von Le Kef demonstriert gegen Terrorismus
- 03.07. Hamma Hammami, Führer der säkularen Partei Front Populaire, beschuldigt Ennahda öffentlich, den Terrorismus zu fördern
- 03.07. Ennahda-dominierte Verfassunggebende Versammlung stellt Gesetzentwurf zur Schaffung eines „Fonds der Würde“ (Karama) zur Entschädigung jener Islamisten, die unter dem Ben-Ali-Regime inhaftiert waren bzw. Repression ausgesetzt waren, zur Debatte; geplantes Budget: 900 Mio. TD (rund 392 Mio. Euro)
- 05.07. Nach Angaben der säkular-orientierten Partei Nida Tounes griff die salafistisch-jihadistische Gruppe Katibat Anas Ibn Malik in Al-Mrissa (Region Slimane-Nabeul) das örtliche Nida-Tounes-Büro an (Sachbeschädigung)
- 07.07. Ansar al-Scharia erklärt Loyalität gegenüber dem ISIS-Führer Abu Bakr al-Baghdadi, der sich selbst zum „Kalif“ ausrief
- 07.07. Im Gefängnis von Mornaguia sind über 500 Personen inhaftiert, die als „Terroristen“ gelten; Ermittlungen der Antiterrorreinheit gegen Beamte der Justizvollzugsanstalt, weil der Verdacht besteht, dass Pläne zum Ausbruch (Flucht) geschmiedet wurden
- 10.07. Demonstration von islamistischen Imamen vor dem Sitz der Verfassunggebenden Versammlung gegen geplante Maßnahmen zur besseren Kontrolle der Moscheen
- 10.07. Militäroperation im Gebiet Mont Ouergha (Gouvernorat Le Kef); Bombardierungen von Stellungen mutmaßlicher bewaffneter Gruppen
- 10.07. Sicherheitsorgane heben an der Moschee Khalid Ibn al-Walid in Sidi Bouzid eine bewaffnete, als „terroristisch klassifizierte“ Gruppe (Ansar al-Scharia) aus; acht Verhaftungen
- 10.07. Islamistischer Imam in Ben Guerdane weigert sich, Sterbegebet für einen gefallenen Soldaten zu sprechen
-

-
- 10.07. Regierung warnt die Islamische Befreiungspartei (Hizb al-Tahrir); die Partei müsse die Verfassung respektieren (Hizb al-Tahrir hatte erneut erklärt, die Verfassung abzulehnen und für ein Kalifat einzutreten)
- 15.07. Polizei hebt in Sidi Bouzid eine Waffenschmugglerbande aus
- 15.07. Religionsministerium kündigt die Gründung einer nationalen Instanz zur Interpretation und Verbreitung des Koran an
- 16.07. Raketenangriff auf Sicherheitsorgane bei Henchir Tella im Jebel-Chaambi-Gebiet durch zwei aus Mali kommende terroristische Zellen (darunter zahlreiche Algerier); 15 Soldaten kamen dabei ums Leben, 25 wurden verletzt; am Abend des Anschlags sollen 40-60 Bewaffnete in Richtung algerische Grenze geflohen sein; dreitägige Staatstrauer
- 17.07. Demonstration gegen Terrorismus im Stadtzentrum von Tunis/Avenue Habib Bourguiba, bei der auch Ennahda/Parteipräsident Ghannouchi verbal angegriffen wurde (Schulduweisung für Situation in Tunesien); Medien berichten über Freudenbekundungen von Salafisten über den Anschlag
- 17.07. Staatspräsident Marzouki verurteilt den Anschlag auf die Sicherheitsorgane und fordert die jungen Tunesier auf, sich als Freiwillige zur Armee zu melden und den Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen
- 17.07. In seiner Fernsehansprache verspricht Premierminister Jomaa, dass alle, die sich an terroristischen Akten beteiligen oder sie unterstützen, „bestraft“ würden
- 18.07. Ennahda ruft für 18.07. nach dem Freitagsgebet zu landesweiten Demonstration gegen Terrorismus auf
- 19.07. Tagung des Krisenkomitees der Regierung, das nach dem Angriff auf Soldaten vom 16.07. gegründet wurde; Premierminister Jomaa kündigt Schließung aller Moscheen an, die außerhalb staatlicher Kontrolle stehen; 21 sollen demnach geschlossen werden; Ennahda-Partei opponiert und kritisiert den Beschluss
- 21.07. 8.000 algerische und 6.000 tunesische Soldaten beginnen Aktion gegen bewaffnete Gruppen im Grenzgebiet
- 21.07. Sicherheitskräfte verhaften in Sidi Bouzid neun Personen wegen Terrorismusverdacht
- 22.07. Arbeitsbesuch von Premierminister Jomaa in Tebessa (Algerien); Treffen mit dem algerischen Premierminister Sellal; Vereinbarung zur Stärkung der Grenzsicherheit und Antiterrorkooperation
- 22.07. Anschlag auf den Deputierten Samir Taieb (säkulare Partei al-Massar) wird vereitelt
- 23.07. Sicherheitskräfte verhaften in Kasserine fünf Personen, die den Tod der Soldaten (Anschlag vom 16.07.) feierten
- 24.07. Verhaftung des Führers von Ansar al-Scharia in Mahdia, Mohamed Anis Chaieb; in Sousse Verhaftung mehrerer Personen wegen Planung von Anschlägen; Innenministerium gibt landesweit Verhaftung von 52 Terrorismusverdächtigen bekannt
- 24.07. Beginn der Bürgerprotestkampagne „Nein zum Terrorismus“ (Plakataktion in den Städten)
- 24.07. Medien berichten mit Verweis auf US-amerikanische Stellen, dass die tunesische Armee 12 Black-Hawk-Hubschrauber für den Antiterrorkampf kaufen werde
- 26.07. Kämpfe der Streitkräfte mit Jihadisten bei Sakiet Sidi Yussuf; zwei Soldaten getötet
-

-
- 27.07. Sicherheitskräfte verhaften acht Personen in Sidi Bouzid wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer Al-Qaida zugehörigen Gruppe (Katibat Uqba Ibn Nafi)
- 28.07. Ansar al-Scharia veröffentlicht Communiqué, in dem die Organisation sich erstmals zu Anschlägen auf Militärangehörige bekennt und weitere Anschläge androht
- 29.07. Angeblich erklärte sich Ansar al-Scharia auf ihrer Facebook-Seite zur „Versöhnung“ mit den Sicherheitskräften bereit
- 29.07. Kämpfe zwischen Sicherheitskräften und Jihadisten im Gebiet des Jebel Sammama (Gouvernorat Kasserine)
- 30.07. Innenministerium gibt bekannt, dass innerhalb eines Monats 21 tunesische Soldaten bei Antiterroraktionen ums Leben kamen
- 31.07. Sicherheitskräfte verhaften im Gouvernorat Sidi Bouzid das wegen Verwicklung in terroristische Anschläge gesuchte Ansar-al-Scharia-Mitglied Afif Laamouri
-

© Edition Wuqûf, Hanspeter Mattes Verlag
Bundesallee 221, 10719 Berlin
ISSN 0948-0951 <<http://www.wuquf.de>>

Die Wuqûf-Kommentare und Wuqûf-Kurzanalysen erscheinen unregelmäßig; sie informieren über aktuelle Entwicklungen in Nordafrika/Nahost oder kommentieren diese zielgerichtet. Die Wuqûf-Kommentare und Wuqûf-Kurzanalysen stehen kostenlos Online zur Verfügung. Sie sind abrufbar unter <<http://www.wuquf.de/wuquf-online.html>>.

Die Veröffentlichungen der Edition Wuqûf sind privat finanziert ohne Unterstützung seitens einer staatlichen oder halbstaatlichen in- oder ausländischen Institution.

Herausgeber/Autoren der Wuqûf-Kommentare und Kurzanalysen

Sigrid Faath, Privatdozentin Dr. habil.; Studium der Politischen Wissenschaft, Ethnologie und Soziologie; wissenschaftliche Publizistin und Consultant; Associate fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Nordafrika, Innen- und Außenpolitik; Konfliktpotentiale in Nordafrika/Nahost. Zu diesen Themen liegen zahlreiche Veröffentlichungen vor. Kontakt: sfaath@wuquf.de

Hanspeter Mattes, Dr. phil. (Politische Wissenschaft), Diplom-Volkswirt; Senior research fellow am GIGA Institut für Nahost-Studien, Büro Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen u.a. zur Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, insbesondere Libyens. Thematische Arbeitsschwerpunkte: Politische und wirtschaftliche Transformationsprozesse und Sicherheitsprobleme in Nordafrika.

Kontakt: hmattes@wuquf.de